

HUNGER

Ursachen, Folgen, Herausforderungen

Ein Positionspapier der Caritas Österreich
Juli 2006

Caritas | AUSLANDSHILFE
INTERNATIONAL
COOPERATION

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
Vorbemerkungen	5
1. Daten und Fakten (2005 – 2006)	6
2. Ursachen	8
2.1. Ursachen akuter Unterernährung	9
2.1.1. Bewaffnete Konflikte/Kriege	9
2.1.2. Staatliches Missmanagement und Missallokation von Ressourcen	10
2.1.3. Dürre in Kombination mit Missmanagement	10
2.2. Ursachen chronischer Unterernährung	11
2.2.1. Historische Gründe	11
2.2.2. Politische Strukturen	11
2.2.3. Armut	13
2.2.4. Verschuldung	14
2.2.5. Globaler Welthandel- und -markt/Agrarhandelspolitik	15
2.2.5.1. Agrarmarkt und Agrarreformen	15
2.2.5.2. Bewertung der WTO-Ministerkonferenz Hongkong 2005 im Bereich Agrarhandel	18
2.2.5.3. Bewertung des EU-Entwicklungspaketes „EBA“ („Everything but Arms“) (vgl. KOO, 2005)	18
2.2.5.4. Beispiele – Der exportierte Hunger	19
2.2.6. Landwirtschaft	20
2.2.7. Klima	20
2.2.8. Neue Technologien	20
2.2.9. Bevölkerungswachstum	21
2.2.10. Gestiegener Fleischkonsum	22
3. Folgen am Beispiel aktueller Hungerkrisen	23
3.1. Dürre in Kombination mit Missmanagement am Beispiel des aktuellen Hunger-Krisenherdes Kenia	23
3.2. Chronische Unterernährung am Beispiel Indien	24
4. Caritas Positionierung	25
4.1. Leitbild der Auslandshilfe – Partnerschaftliche Hilfe	25
4.2. Eckpfeiler der Caritas-Auslandsarbeit	27
5. Forderungen und Herausforderungen	30
6. Anhang	33
6.1. Auswirkungen von Mangel- und Unterernährung auf den menschlichen Organismus	33
6.2. Arbeit des Caritas-Netzwerkes in aktuellen Krisen	36
6.3. Hunger und Kriege Mitte der 1990er Jahre	37
6.4. Individuelles Engagement gefragt	38

Vorwort

Hunger - eine vermeidbare Tragödie

Vor unseren Augen spielt sich eine globale Tragödie ab: Jährlich verhungern zehn Millionen Menschen. Aus unserer täglichen Arbeit wissen wir: Hunger ist nicht nur ein Zustand unzureichender und mangelhafter Ernährung, sondern auch ein stetiger Angriff auf die Würde und Selbstachtung der Menschen. Hunger macht krank, antriebslos und verzweifelt.

Die Ursachen sind vielfältig und oft sehr komplex. Dennoch: Hunger ist kein Naturereignis, sondern überwiegend Folge politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Fehlverhaltens von Menschen und Regierungen. Die Tatsache, dass weltweit über 850 Millionen Menschen an Hunger leiden, ist ein Symptom für das Versagen der Politik – nicht nur in den „Hungerländern“ selbst, sondern vor allem auch in Bezug auf die globalen, wirtschaftlichen Spielregeln, die derzeit in erster Linie die Interessen der Länder des Nordens widerspiegeln.

Am Anfang jeder Entwicklung steht die Landwirtschaft. Eine Politik, die bewusst die Schädigung der Landwirtschaft in den Ländern des Südens in Kauf nimmt, bedroht die Existenz vieler Millionen KleinbäuerInnen, führt zu extremer Armut und manifestiert sich letztendlich in Hunger und Unterernährung. Gemäß UN-Millenniumserklärung soll die Zahl der Hungernden bis 2015 halbiert werden. Obwohl Fortschritte im Kampf gegen den Hunger, vor allem in Ost- und Südostasien, zu verzeichnen sind, steigt die Zahl schwerst unterernährter Menschen in den letzten Jahren weltweit wieder an – allein im Vorjahr um 14 Millionen.

„Die Güter der Erde sind für alle Menschen da“, das ist einer der Grundsätze der christlichen Soziallehre, der die Arbeit der Caritas verpflichtet ist. Vor diesem Hintergrund und angesichts dieser „stillen Katastrophe“ sind die Herausforderungen für die Weltgemeinschaft und damit auch für die Caritas enorm. Neben der Verteilung von Nahrungsmitteln im Rahmen der Nothilfe geht es uns darum, in langfristigen Projekten die kleinstrukturierte Landwirtschaft in den Ländern des Südens zu unterstützen und die Ernährungsbasis bäuerlicher Familien nachhaltig zu sichern. Entscheidend ist für uns auch, die Ursachen für Armut und Hunger klar zu benennen und uns anwaltschaftlich für eine Änderung unfairer Handelspraktiken einzusetzen.

Die Zeit drängt, denn die Realität ist erschreckend: Hunger ist eine globale Tragödie, deren größtes Drama darin besteht, dass sie zu vermeiden ist.

Vorbemerkungen

Das Menschenrecht auf Nahrung: „(1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf einen angemessenen Lebensstandard für sich und seine Familie an, einschließlich ausreichender Ernährung, Bekleidung und Unterbringung sowie auf eine stetige Verbesserung der Lebensbedingungen. Die Vertragsstaaten unternehmen geeignete Schritte, um die Verwirklichung dieses Rechts zu gewährleisten, und erkennen zu diesem Zweck die entscheidende Bedeutung einer internationalen, auf freier Zustimmung beruhender Zusammenarbeit an.

(2) In Anerkennung des grundlegenden Rechts eines jeden, vor Hunger geschützt zu sein, werden die Vertragsstaaten einzeln und im Wege internationaler Zusammenarbeit die erforderlichen Maßnahmen, einschließlich besonderer Programme, durchführen

a) zur Verbesserung der Methoden der Erzeugung, Haltbarmachung und Verteilung von Nahrungsmitteln durch volle Nutzung der technischen und wissenschaftlichen Erkenntnisse, durch Verbreitung der ernährungswissenschaftlichen Grundsätze sowie durch die Entwicklung oder Reform landwirtschaftlicher Systeme, mit dem Ziel einer möglichst wirksamen Erschließung und Nutzung der natürlichen Hilfsquellen;

b) zur Sicherung einer, dem Bedarf entsprechenden, gerechten Verteilung der Nahrungsmittelvorräte der Welt, unter Berücksichtigung der Probleme der Nahrungsmittel einführenden und ausführenden Länder.“

(Art. 11 des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte. Abgeschlossen in New York am 16. Dezember 1966, Übersetzung)

Hunger ist der körperliche Zustand bei Nahrungsmangel und **bedeutet chronische Unterernährung**. Von Unterernährung spricht man, wenn ein Mensch weniger Kilojoule am Tag zu sich nimmt, als er am Tag verbraucht. Bei einem erwachsenen Menschen beträgt dieser Arbeitsumsatz etwa 9.000 Kilojoule. In der so genannten Dritten Welt liegt die Energieaufnahme bei ca. 6.400 Kilojoule. Wobei die Hälfte aller Hungeropfer von weniger als 5.600 Kilojoule lebt (vgl. FIAN (FoodFirst Informations- & Aktions-Netzwerk), 2005). Der genaue Arbeitsumsatz ist jedoch abhängig von Größe, Geschlecht, Alter und Tätigkeit des Menschen. Auch das Klima spielt eine Rolle.

Mit Unterernährung gehen meist Fehl- und Mangelernährung einher. Diese werden durch Protein- und Nährstoffmangel hervorgerufen. Folgen der Unterernährung sind unter anderem Marasmus (Ursachen: Protein- und Energiemangel, Auswirkungen: Wachstumsstörungen, geistige Entwicklungsstörungen, Durchfälle, Blähbauch, dünne Gliedmaßen, verringerte Körpertemperatur, Abbau der Proteinreserven, Abbau der Energiereserven, Anfälligkeit für Krankheiten), Kwashiorkor (Ursachen: Eiweiß- und Vitaminmangel, Auswirkungen: Wachstumsstörungen, Muskelschwäche, Anämie, Gärungsdiarrhö, Leberschaden), Beriberi (Ursachen: Vitamin-B1-Mangel, Auswirkungen: Herzinsuffizienz, Ödeme), Skorbut (Ursachen: Vitamin-C-Mangel, Auswirkungen: Brüchigkeit des Gewebes, Blutungen des Zahnfleisches und der Haut) oder Marasmischer Kwashiorkor (Mischform) (vgl. Rotkreuz FACTBOOK Hunger, 2003).

Es kommt meist zu einer Schwächung der inneren Organe, einschließlich des Herz-Kreislaufsystems sowie des Immunsystems, zur Anfälligkeit für Krankheiten, bei Kindern zu einer bleibenden Schädigung von Geist und Körper. Es gibt einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der Ernährungslage und dem Gesundheitsstand. Chronische Unterernährung ist menschliche Entwürdigung und Lähmung der körperlichen und geistigen Fähigkeiten.

1. Daten und Fakten (2005–2006)

852 Millionen Menschen sind nach Schätzungen des FAO (Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen) chronisch unterernährt, davon 815 Millionen in so genannten Entwicklungsländern, 28 Millionen in Osteuropa und 9 Millionen in westlichen Ländern.

Jährlich verhungern durchschnittlich **10 Millionen Menschen**, das sind mehr Hungertote als Tuberkulose-, Malaria- und Aidstote zusammen. Gesamt sterben jährlich 30 Millionen Menschen an Hunger und dessen Folgen, pro Monat 2,5 Millionen Menschen. Das sind täglich über 80.000 Menschen.

Alle 5 Sekunden stirbt ein Kind an Hunger, das sind ca. **6,5 Millionen Kinder** im Jahr. In den so genannten Entwicklungsländern ist mit rund **146 Millionen Kindern** über ein Viertel aller Unter-Fünf-Jährigen untergewichtig, viele davon in einem lebensbedrohlichen Ausmaß, so das Ergebnis des UNICEF-Reports „Progress for Children: A Report Card on Nutrition“ (UNICEF, 2006). Alle **vier Sekunden** verliert ein Mensch wegen Vitamin A-Mangel sein Augenlicht. Unterernährte Kinder sind anfälliger für normale Krankheiten, wie Durchfall oder Röteln, die sie oft nicht überleben. Außerdem müssen sie mit Lernschwierigkeiten in der Schule kämpfen, haben Wachstumsstörungen und Bewegungs- und Koordinationsschwierigkeiten. Mit diesen Problemen haben sie meist auch noch als Erwachsene zu kämpfen.

Geschätzte **17 Millionen Babys** kommen jedes Jahr untergewichtig zur Welt. Sie erben den Hunger von ihren Müttern, die selbst unterernährt sind. Die Sterblichkeitsrate von untergewichtigen Babys im frühen Kindesalter ist sehr hoch. Wenn sie überleben, leiden sie oft unter Wachstumsstörungen und sind als Erwachsene oft unfähig, zu arbeiten. Unterernährte Frauen bringen später selbst wieder unterernährte Babys zur Welt.

„Millionen von schwer unterernährten Müttern gebären jedes Jahr überall auf der Welt Millionen schwer geschädigter Kinder“, sagt Jean Ziegler. 17 % der Neugeborenen in so genannten Entwicklungsländern sind schon im Mutterleib im Wachstum zurückgeblieben. Wenn sie nicht sofort nach der Geburt ausreichend mit gesunden Nahrungsmitteln versorgt werden, erleiden sie schwere körperliche Schäden:

- Zu wenig Proteine führen zu Gewichtsverlust, langfristig kommt es bei Kindern zu Wachstumsstillstand.
- Jodmangel wirkt sich negativ auf die Organe aus, belastet das Herz, den Kreislauf und den Energiestoffwechsel. Die Lernfähigkeit sinkt.
- Eisenmangel mindert die körperliche Leistungsfähigkeit.
- Vitamin-A-Mangel hat bei Kindern oft Erblindung zur Folge. (Vgl. Rotkreuz FACTBOOK Hunger, 2003)

Chronisch Unterernährte können keinen vollwertigen Platz im Arbeitsleben einnehmen, was für sie persönlich den Ausweg aus dem Hunger versperrt. Weltweit sind 27 % der Kinder unter fünf Jahren unterernährt (vgl. FAO 2003).

Unterernährung in frühester Kindheit ist nach einer Weltbankstudie im Teufelskreis der Armut ein viel verheerenderes Element, als bislang angenommen. Selbst Ernährungsprogramme in Schulen könnten die Folgen früher Mangelernährung nicht mehr auffangen.

„Am schädlichsten ist Unterernährung während der Schwangerschaft und in den ersten beiden Lebensjahren und die Folgen für Gesundheit, Hirnentwicklung, Intelligenz, Lernfähigkeit und Produktivität sind nicht mehr gutzumachen“, heißt es in der Studie. „Ernährungsprogramme für ältere Kinder haben wenig oder gar keinen Nutzen.“



„Ich wünsche mir, dass ich genug Milch für mein Baby habe und dass genug Essen für meine Familie da ist. Ein eigener kleiner Garten – davon wage ich kaum zu träumen.“
Eine Frau aus Malawi

Ausgewogene und ausreichende Ernährung für Mütter und Babys müsse deshalb zum zentralen Element jeder Entwicklungsstrategie werden, forderte die Weltbank.

Frühe Unterernährung setze einen Teufelskreis in Gang, aus dem die Länder nicht ausbrechen könnten: Unterernährte Kinder verließen die Schule früher, lernten weniger, verdienten dadurch später weniger und könnten ihre Kinder dann wieder nicht ausreichend ernähren. „Viele Entwicklungsländer haben ein Wirtschaftswachstum von zwei bis drei Prozent. Bessere Ernährung könnte das verdoppeln“, sagte Jean-Louis Sarbib, Weltbank-Vizepräsident für Entwicklung.

Es wird geschätzt, dass **um die 2 Milliarden Menschen** an Eisenmangel leiden. Frauen, die an Eisenmangel leiden, haben oft Lernschwächen und Bewegungs- sowie Arbeitsschwierigkeiten. Außerdem ist das Risiko größer, während der Entbindung zu sterben.

(Zu den Auswirkungen von Unter- und Mangelernährung auf den menschlichen Organismus siehe Anhang.)

2. Ursachen

Hunger kann als komplexes Phänomen verstanden werden, ist in jedem Land anders gewichtet und hat viele Ursachen. Der gemeinsame Nenner dieser Ursachen ist meist auf **menschliches Fehlverhalten zurückzuführen**. Hunger ist kein Naturereignis, sondern überwiegend Folge politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Fehlverhaltens von Menschen und Regierungen. (Vgl. Dt. Welthungerhilfe, 2000).

„Hunger ist ein Skandal“ (vgl. EvB, Erklärung von Bern, 1979)! Dieser Slogan der 1970er Jahre hat nichts von seiner Gültigkeit verloren. Wir leben in einer Welt, die nie zuvor so viele Reichtümer produziert hat. Auch wird – im statistischen Durchschnitt – längst mehr Nahrung produziert, als die Weltbevölkerung benötigt. Hunger existiert daher nicht, weil es nicht genug Nahrungsmittel gibt.

Aufgrund massiver Armut hat nicht jeder Mensch ausreichend Zugang zu produktiven Ressourcen, wie auch zu Gesundheits- und Bildungseinrichtungen. Es ist eine Frage der Gerechtigkeit und des politischen Willens. Hunger ist nicht nur im moralischen Sinn ein Skandal, sondern auch im rechtlichen, denn Hunger ist überwiegend eine Verletzung des Menschenrechtes auf Nahrung.

Hunger ist die elementare Manifestation von Armut, die **grundlegende Menschenrechte verletzt**: Nicht nur das Recht auf Nahrung, sondern angesichts der Tatsache, dass jährlich 10 Millionen Menschen verhungern, auch das Recht auf Leben und Menschenwürde. Denn Hunger ist kein Schicksal, sondern bedeutet eine millionenfache Verletzung des Menschenrechts, sich zu ernähren.

Auf dem Welternährungsgipfel 1996 in Rom hat sich die internationale Staatengemeinschaft verpflichtet, den Hunger in der Welt bis 2015 wenigstens um die Hälfte zu verringern. Bestätigt wurde diese Verpflichtung mit der **Formulierung des 1. Millenniums-Entwicklungszieles**, das der „Beseitigung der extremen Armut und des Hungers“ gilt. Die Zahl der Menschen, die von weniger als einem US-Dollar pro Tag leben, soll bis 2015 um die Hälfte reduziert werden und der Anteil der Menschen, die unter Hunger leiden, soll zwischen 1990 und 2015 halbiert werden. Die UNO geht in ihrem Bericht über die menschliche Entwicklung 2003 davon aus, dass es bis 2015 gelingen könnte, den Anteil der Menschen zu halbieren, die unter extremer Armut und Hunger leiden. Damit dies realisiert werden kann, müssen die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Hemmnisse beseitigt werden, welche die Menschen daran hindern, ihr Menschenrecht, sich zu ernähren, wahrnehmen zu können.

Doch trotz aller Vereinbarungen und Versprechen bleiben Hunger und Mangelernährung auch zu Beginn des neuen Jahrhunderts ein weltweites Problem. Wie der World-Food-Report der UN bestätigt, kann die Landwirtschaft in der heutigen Situation problemlos 12 Mrd. Menschen, also das Doppelte der Weltbevölkerung ernähren. „Wenn die Nahrungsmittel gerecht auf der Erde verteilt würden, gäbe es mehr als genug zu essen für alle“, sagt Jean Ziegler, der als Sonderberichterstatter der UNO-Menschenrechtskommission für das Recht auf Nahrung tätig ist. In unserer Welt gibt es keinen Mangel an Nahrungsmitteln. „Der Planet ist fähig, ohne Schwierigkeiten zwölf Milliarden Menschen zu ernähren“, sagt Ziegler.

Heute leben nicht einmal 10 % der Hungernden in „Katastrophengebieten“ (vgl. FIAN, 2005). Das heißt weniger als 10 % der Hungernden sind von akutem Hunger, ausgelöst durch Katastrophen, betroffen.

Für die meisten bedeutet Hunger Alltag. Chronischer Hunger, eine alltägliche Katastrophe außerhalb jeglichen öffentlichen und politischen Interesses. Die meisten Menschen hungern dort, wo die Nahrungsmittel angebaut werden: auf dem Land. Drei Viertel der

Hungernden leben, wo Reis, Hirse und Weizen wachsen könnten. Für jene Menschen, die auf dem Land leben, aber kein oder zu wenig eigenes Land haben, bleiben gesichertes Einkommen und ausreichend Nahrung utopisch.

Die Hälfte der Hungernden sind Klein- und Kleinstbauernfamilien, die zu wenig oder schlechte Böden haben, denen ausreichend Saatgut, Wasser, Beratung, Infrastruktur und Zugang zu den Märkten fehlt. 20 % sind landlose LandarbeiterInnen, die ihr Land verloren haben. Weitere 10 % leben überwiegend vom Fischfang, Jagd oder Viehzucht. Das Fünftel der Hungernden, das in den Städten lebt, besteht überwiegend aus Binnenflüchtlingen (FAO 2004). Ländliche Entwicklungschancen sind somit der Schlüssel zum Kampf gegen Armut und spielen eine zentrale Rolle bei der Erreichung der Millenniumsziele – MDGs.

Globaler Welthandel und -markt hat den von Hunger Bedrohten oder Betroffenen kaum genutzt, sondern deren Lage in vielen Fällen zugespitzt. Denn Resultate wie Landvertreibungen, Verhinderung von Agrarreformen, Zerstörung lokaler Märkte durch hochsubventionierte Agrarfabriken der USA und Europas führen zu immer neuen Opfern.

Die hungernden Menschen sind ungleich auf der Welt verteilt. Laut FAO-Angaben (2004) leiden in Subsahara Afrika 203,5 Millionen Menschen chronisch an Hunger. Dagegen beläuft sich diese Zahl allein in Indien auf 221,1 Millionen. China weist 142,1 Millionen Hungernde auf. Das macht 11 % der Gesamtbevölkerung aus, während sich der Anteil in Indien auf 21 % beläuft. Die meisten Hungernden in absoluten Zahlen leben in Asien (519 Millionen, 16 % der Gesamtbevölkerung), gefolgt von Subsahara Afrika (203,5 Millionen, 33 % der Gesamtbevölkerung). Hunger ist ebenso in Lateinamerika und vielen osteuropäischen Ländern ein Problem. Generell lässt sich sagen, dass die meisten Hungernden in den Ländern des Südens leben. Aber auch in den Industrieländern gibt es insgesamt 10 Millionen Hungernde.

Hungersnöte fallen ganz selten unter Katastrophen im üblichen Sinn. Sie sind von Menschen gemacht; sie sind Folge falscher Politik oder Interessenslosigkeit.

Die FAO unterscheidet zwischen **strukturellem** und **konjunkturellem** Hunger. Konjunktureller Hunger wird durch Naturkatastrophen wie Dürren, Hurrikans oder Überschwemmungen ausgelöst. Auch Kriege und die damit verbundene Zerstörung von Feldern und die Tötung von Tieren können, wie in Ruanda, zu konjunkturellem Hunger führen. „Der strukturelle Hunger hingegen ist mit chronischem Nahrungsmangel und dem dauerhaften Fehlen einer angemessenen Ernährung verbunden“, sagt UNO-Sonderberichterstatter Ziegler. Er entsteht oft aus einem Bündel von Problemen: Bürgerkrieg, wirtschaftliche Ausbeutung und nicht zuletzt die Ausbreitung von Aids. (Vgl. Rotkreuz FACTBOOK Hunger, 2003.)

2.1. Ursachen akuter Unterernährung

2.1.1. Bewaffnete Konflikte/Kriege

Kriegerische Auseinandersetzungen erfordern einen enormen Einsatz an Ressourcen jeglicher Art. Gleichzeitig haben sie negative Auswirkungen auf deren Erzeugung. Landwirtschaftliche Produkte bleiben davon nicht ausgeschlossen. Rückläufiger Erzeugung folgt oft Hunger (vgl. Nussbaumer, 2003).

Akuter Hunger entsteht überall dort, wo Kriege geführt werden, weil die Menschen vom Land vertrieben und allenfalls notdürftig von Hilfsorganisationen versorgt werden; die Abschottung ganzer Regionen durch kriegsführende Parteien kann ebenfalls zu Hungerkatastrophen führen.

Zwei Beispiele:

Äthiopien

In den Jahren 1983 bis 1985 starben im Norden Äthiopiens hunderttausende Menschen an den Folgen einer verheerenden Hungersnot. Entgegen ersten Vermutungen war die Lebensmittelknappheit dabei nicht Folge von Dürren, Missernten oder landwirtschaftlichem Missmanagement, sondern vielmehr die Konsequenz und Ziel einer menschenverachtenden Politik der Machthaber in Adis Abeba. Um ihre Widersacher im Norden ihrer Basis zu berauben, betrieben sie eine Politik der „verbrannten Erde“ und erzeugten mit Militärgewalt eine Hungersnot, die zu einer Zermürbung der Opposition und einer Entvölkerung der von ihr gehaltenen Gebiete führen sollte – Hunger war zur Kriegswaffe geworden (Caritas Schweiz, 2005).

Nigeria/Biafra

Aufgrund der Strategie des Aushungerns erlitt die Bevölkerung eine extreme Hungersnot. Die Unabhängigkeitserklärung 1967 veranlasste die nigerianische Regierung, die Region Biafra abzuschotten, um somit die Sezessionsbewegung zu schwächen.

2.1.2. Staatliches Missmanagement und Missallokation von Ressourcen

Nordkorea

Die Führung Nordkoreas leistet sich seit Jahrzehnten eine riesige Militärmaschinerie, die im Jahr 2002 34 % des BIP verschlang, während Jahr für Jahr Tausende von Menschen Hungersnöten zum Opfer fallen (CIA, 2004; Watts, 2003). Auch nach Foster-Carter (vgl. Nussbaumer, 2003) werden die knappen Ressourcen für immense Militärausgaben und die Errichtung grandioser Baudenkmäler verschwendet, während je nach Quelle oder Informationen diverser ÜberläuferInnen 200.000 Menschen von 1995–2001 verhungerten bzw. zwischen einer und zwei Millionen Menschen in den 90-er Jahren des vergangenen Jahrhunderts an Hunger gestorben sind, 10.000 Kinder unter sieben Jahren monatlich verhungern bzw. zwischen 1995 und 1997 2,5 Millionen Menschen verhungert sind. Bei aller Vorsicht, welche durch das große Informationsdefizit angebracht ist, ist bei der Hungersnot in Nordkorea von einer Tragödie und primär von einem „hausgemachten“ Anteil an der schlechten Versorgungslage zu reden (vgl. Nussbaumer, 2003). Vor allem die Nachernteverluste werden von Fachleuten auf 30 bis 40 % der gesamten Agrarproduktion geschätzt. Selbst gute Ernten erreichen, aufgrund mangelnder Transportkapazitäten, selten die wirklich Bedürftigen. Auch die Maschinen zur Bewirtschaftung sind häufig, alleine schon aufgrund von Ersatzteilmangel, außer Gefecht gesetzt bzw. fehlt in der Regel der Treibstoff, dieser zählt zu den besonders knappen Gütern. Auch ein Blick hierauf lässt den Schluss zu, dass nur das Militär über ausreichende Treibstoffkontingente verfügt (vgl. Hunger Report 2005, S. 69 ff.).

2.1.3. Dürre in Kombination mit Missmanagement

Äthiopien 2003

Seit Jahrzehnten wird das Land regelmäßig von großen Dürren und Hungerkatastrophen heimgesucht: Missmanagement, Wassermangel und unzureichende Weideflächen führen in einzelnen Teilen des Landes immer wieder zu Nahrungsmittelknappheit und bedrohen das Überleben von Menschen. Die geringen Reserven aus den vergangenen Jahren sind schnell aufgebraucht, ein Großteil der Bevölkerung – meist Bauern und BäuerInnen, die Ackerbau und Weidewirtschaft betreiben – leidet selbst nach kurzen Trockenperioden an Hunger. Gerade im Jahr 2003 ist die Lage der Menschen besonders kritisch. Nach einer

lang anhaltenden Dürre leiden nach UNO Schätzungen elf Millionen Menschen an Hunger (Caritas Schweiz, 2005). (Es ist anzumerken, dass – wie in den meisten Fällen – beim Beispiel Äthiopien mehrerer Komponenten ineinander greifen und unterschiedliche Ursachen für Hungersnöte zu benennen sind. Exemplarisch wurde eine dieser Ursachen hier herausgegriffen und beschrieben.)

2.2. Ursachen chronischer Unternährung

2.2.1. Historische Gründe

Welthunger ist unter anderem ein Resultat des jahrhundertlangen Kolonialsystems, denn in vielen Ländern haben Kolonialstrukturen die traditionellen Mischkulturen zerstört und die Kolonien zum Anbau von Einheitskulturen gezwungen. Dazu gibt es zahlreiche Beispiele: Gambia, das eine ausgewogene Reisanbaukultur hatte, wurde von den Kolonialmächten zum Nussanbau umgeformt. In Uganda wird heute vor allem Baumwolle für den Export, in Vietnam Reis für den Export angebaut. Die Landwirtschaftspolitik der Kolonialmächte wurde nicht als Lebensmittelsicherheit für die lokale Bevölkerung gesehen, sondern als Garant für den Anbau von Getreide und anderen Pflanzen für den Export. Ebenso problematisch ist die weltweite Ressourcenverschwendung für die Viehzucht. Der damit verbundene Großgrundbesitz zum Anbau von Einheitskulturen für den Export, vernichtete die kleinen Betriebe und Bauern/Bäuerinnen. Diese wurden landlos, jedoch auch zu arm, um die importierten Lebensmittel kaufen zu können. Andererseits wurde auch das Grundnahrungsmiteileinkommen der Kleinbauern/-bäuerinnen zerstört.

Der Agrarüberschuss, speziell in den USA in den 50-er und 60-er Jahren, ließ nach neuen Märkten suchen, die man in der so genannten Dritten Welt fand. Durch billige Importe in die ehemaligen Kolonien wurde die lokale Wirtschaft ruiniert. Lokale Bauern/Bäuerinnen konnten mit den Dumping-Preisen nicht mehr mithalten.

2.2.2. Politische Strukturen

Verschärft werden die Probleme zum einen durch Regierungen bzw. Regimes, die **Hunger als Waffe** einsetzen (wie z. B. in Biafra, Eritrea, Angola oder im Sudan). Beispielsweise gehen durch systematische Verminung ganzer Landstriche, weite Teile des agrarisch nutzbaren Bodens auf Jahrzehnte verloren. Kriege und Bürgerkriege führen zur Massenflucht der Bauern und Bäuerinnen, deren Felder dann oft jahrelang brach liegen. Deswegen ist Lebensmittelknappheit häufig in Militärdiktaturen beobachtbar. Durch fehlende demokratische Verhältnisse wie z. B. Interessensvertretungen, eigene Verbände und Organisationen wird eine transparente Verteilung der Hilfsgüter verhindert. Korrupte Militärregimes profitieren von der landesweiten Not und machen oftmals ein finanzielles Geschäft. Beispielsweise waren während der Hungerskatastrophe in Äthiopien viele Lagerhäuser voll; das Getreide wurde jedoch nach Europa und in die USA verkauft. Gleichzeitig bat das Regime die westlichen Länder um Hilfslieferungen – die dann im Land verkauft wurden.

Zum anderen verhindern **undemokratische Verhältnisse** in Ländern des Südens, wie Korruption, Vetternwirtschaft und Bereicherung politischer Eliten eine wirtschaftliche Entwicklung. Die Funktionsunfähigkeit staatlicher Strukturen wird als „bad governance“ bezeichnet. Bad Governance ist die Ursache für Misswirtschaft und wirtschaftliche Stagnation. Die Folge ist, dass die Menschen keine ausreichenden Erwerbsmöglichkeiten mehr haben und kein Erwerbseinkommen erzielen können, das für den Kauf ausreichender Nahrungsmittel erforderlich wäre. Die ungünstigen sozialen Lebensverhältnisse vermindern auch die Möglichkeit der Menschen, sich am politischen Leben zu beteiligen und dadurch auf ihre ökonomische Situation Einfluss nehmen zu



„Die Weltlandwirtschaft könnte problemlos 12 Milliarden Menschen ernähren. Das heißt, ein Kind, das heute an Hunger stirbt, wird ermordet.“ Jean Ziegler, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung

können. Dazu kommt regional das Problem des steigenden Bevölkerungswachstums bei mangelnder Nahrungsversorgung, was die Armutssituation weiter verschärft.

Oftmals setzen Regierungen ihre Prioritäten falsch. Im Fall der aktuellen Hungerkrise in Kenia, zum Beispiel, behauptete die Regierung, dass es Wasser und Nahrung genug gäbe, nur LKWs fehlten, um den Transport ins Dürregebiet zu organisieren. Gleichzeitig werden die Minister seit kurzem aber von der Bevölkerung Wabenzi, auf Kisuaheli Benz-Männer, genannt. Denn nicht genug, dass das Land jeden Tag von neuer Milliardenkorruption erfährt, fand eine Zeitung jetzt heraus, dass die Regierung eine ganze Mercedesflotte neu gekauft hat. Bis zu acht Limousinen pro Minister und seine Familie für 887 Millionen kenianische Schilling. Genug Geld, um ganze Dürreregionen überleben zu lassen. (Vgl. ZDF, Walter Heinz, 03.02.2006). Die politische Elite in Kenia sorgt vor allem für sich selbst.

Oder Regierungen reagieren zu spät: Kenias-Präsident Mwai Kibaki hat erst Anfang 2006 die Dürreregionen zum Katastrophengebiet erklärt. Viel zu spät hat er angeboten, Mais im Wert von elf Millionen Euro anzukaufen und an die Hungernden zu verteilen. Die Bauern und Bäuerinnen aber verkaufen ihren Mais lieber nach Tansania – die Händler dort bezahlen mit Bargeld, nicht mit Schuldscheinen, wie die Regierung in Nairobi. (Welt am Sonntag, 15.01.2006).

Weiters ist bekannt, dass die Regierungen einzelner „Hungerländer“ trotz Versorgungskrisen im eigenen Land Nahrungsmittel exportierten und die Hungernden sich selbst

oder ausländischen Hilfsorganisationen überließe – mit einem doppelten Gewinn: Sie erwirtschafteten mit den Exporten Devisen und sparten durch die kostenlosen Hilfslieferungen Devisen. (Vgl. Nuscheler, 2004).

Die Funktionsunfähigkeit von Strukturen kann aber auch auf kleinere Systeme umgelegt werden, wie zum Beispiel auf Gemeinden, Dörfer und andere gemeinschaftliche Systeme.

Amartya Sen argumentiert hingegen, dass die Intensität ökonomischer Bedürfnisse die Dringlichkeit politischer Freiheit erhöht, statt sie zu mindern. Dazu spricht er von drei unterschiedlichen Erwägungen, die zum allgemeinen Vorrang grundlegender Freiheitsrechte führen: ihre unmittelbare Wichtigkeit für das menschliche Leben (da sie mit den grundlegenden Verwirklichungschancen verbunden sind, politische und soziale Partizipation eingeschlossen), ihre instrumentelle Rolle (da sie die Möglichkeiten der Menschen vergrößern, sich Gehör zu verschaffen und ihren Anspruch auf politische Beachtung, die Ansprüche auf ökonomische Bedürfnisse eingeschlossen, zu unterstützen) und ihre konstruktive Rolle in der begrifflichen Erfassung der „Bedürfnisse“ (das Verständnis „wirtschaftlicher Bedürfnisse“ in ihrem jeweiligen sozialen Kontext eingeschlossen). (Vgl. Sen, 1999, S. 182). Sen: „Entwicklung und Stärkung eines demokratischen Systems ist wesentlicher Bestandteil des Entwicklungsprozesses“. Und, fest stünde, dass es in einer funktionierenden Mehrparteiendemokratie noch nie eine Hungersnot gegeben hätte (vgl. Sen, 1999, S. 217).

Dass auch in „armen“ Demokratien Hungersnöte aufgrund der politischen Strukturen weniger verheerende Ausmaße annehmen als in undemokratischen Verhältnissen, zeigt sich am Beispiel Botswana. In den Jahren 1979–1981 und 1983/84 sank die Nahrungsmittelproduktion um 17 % (zur selben Zeit lag die Zahl z. B. in Äthiopien bei bescheideneren 12 %). Während in Äthiopien jedoch massive Hungersnöte herrschten, blieb Botswana aufgrund rechtzeitig eingeleiteter Präventivmaßnahmen vom Hunger verschont. Denn, hätte die Regierung zu spät gehandelt, hätten die Oppositionsparteien sie heftiger Kritik und starkem Druck ausgesetzt, auch die Presse hätte sie unter Beschuss genommen. (Vgl. Sen, 1999, S. 218). Das Beispiel bestätigt, dass undemokratische Verhältnisse Hungersnöten weniger Einhalt gebieten können und wollen als demokratische Systeme, und damit auch die dringende Forderung nach Demokratisierungsprozessen.

2.2.3. Armut

Hunger existiert, wie schon erwähnt nicht deshalb, weil es nicht genug Nahrungsmittel gibt, sondern weil so viele Menschen keinen Zugang zu produktiven Ressourcen, Einkommen, Gesundheits- und Bildungseinrichtungen haben. Selbst wenn in Zukunft die Nahrungsmittelproduktion weiterhin schneller wachsen wird als die Weltbevölkerung, wird das nicht automatisch dazu führen, dass Armut, Hunger und Mangelernährung verschwinden. Regierungen betroffener Bevölkerungen tun zu wenig für die ländliche Entwicklung, für die Bäuerinnen und Bauern. Kreditmöglichkeiten fehlen, in die ländliche Infrastruktur, in den Bau von Straßen, in Bildung und Schulen oder in das Gesundheitswesen wird zu wenig investiert und Kleinbauern und -bäuerinnen sind mit unsicheren Bodenrechtsverhältnissen konfrontiert. Würden sie ein Stück Land besitzen, Zugang zu Wasser und Saatgut haben und gleichzeitig sicher sein können, dass sie nicht von ihrem Land vertrieben werden, können sie sich selbst ernähren. Arme dagegen haben weder Land noch die Kaufkraft, sich ausreichend Nahrungsmittel zu kaufen. Zusätzlich sind die Menschen, die von der Landwirtschaft leben müssen, von den negativen Auswirkungen des globalen Weltmarktes (s. 2.2.5.) betroffen. Viele Familien, die in der Landwirtschaft tätig waren, verlassen daher auf der Suche nach neuen Einkommensmöglichkeiten ihr Zuhause und finden in den Slums von Großstädten meist alles andere, als einen Ausweg aus der Armut.

2.2.4. Verschuldung

Die Verschuldung stellt insbesondere in den Staaten Afrikas, südlich der Sahara, ein **großes Hindernis beim Erreichen der Millennium Entwicklungsziele** dar. Für die meisten afrikanischen Staaten übersteigen die Schuldendienstzahlungen Ausgaben für Gesundheit oder Bildung. Afrika allein zahlt jährlich über 15 Mrd. USD Schuldendienst an den Norden. Bei Zahlungsschwierigkeiten steigen Zins- und Zinseszinszahlungen rapide an, und können langfristig den Grundbetrag überschreiten. Der ansteigende Devisenbedarf lässt sich nur durch verstärkte Exportproduktion befriedigen und setzt so fragile Ökonomien Rohstoffpreis- und Währungsschwankungen aus. Die verschuldeten Staaten müssen zudem Auflagen und Bedingungen der Geber und der internationalen Finanzinstitutionen Genüge leisten, wie Öffnung der Märkte, Liberalisierung von Dienstleistungen, Privatisierung und strenge Budgetdisziplin und Kürzungen im Sozial-, Bildungs- und Gesundheitsbereich, die zur Polarisierung der Gesellschaft und Erhöhung der Armut führten. Frauen sind von diesen Maßnahmen besonders betroffen und tragen somit überproportional die Last der Verschuldung.

Die Ursachen der Schuldenkrise sind vielfältig. Gläubiger und Schuldnerländer müssen ihren Teil der Verantwortung übernehmen: Während Korruption, Misswirtschaft und Kreditaufnahme für teure Prestigeprojekte oft als Ursachen für die Verschuldung angeführt werden und zur Rechtfertigung von Auflagen dienen, sollte der Nutzen, den Unternehmen und Finanzplätze im Norden daraus zogen, nicht vergessen werden. Auch die Verantwortung für leichtfertige Kreditvergabe liegt bei den Gebern. Zinspolitik, externe Faktoren, wie der Verfall von Rohstoffpreisen der Exportprodukte, Ölpreisanstieg, Durchsetzung der Interessen der Geber in Wirtschafts- und Handelspolitik, trieben die Schuldenspirale ebenso voran wie Fehlanalysen und Vorgaben der internationalen Finanzinstitutionen. (Vgl. KOO/AGEZ, 2005).

Wie schon erwähnt, sind die Länder zur Bedienung der Schulden gezwungen, Devisen zu erwirtschaften. Viele Länder, z. B. Lateinamerikas, setzen deshalb auf den Export von Agrargütern, obwohl dies mit schwerwiegenden sozialen Folgen für die eigene Bevölkerung verbunden ist. Die exportorientierte, kapitalintensive Landwirtschaft schafft kaum Arbeitsplätze und Einkommen auf dem Land, verdrängt Kleinbetriebe und gefährdet die Produktion für den lokalen Markt. „Das Agrobusiness exportiert in alle Welt Kaffee, Zucker und Soja, und die Hälfte der Brasilianer leidet Hunger. Dies ist das absurde Ergebnis des Modells der Kommerzialisierung der Landwirtschaft.“ (Altemir Torelli, Leiter der brasilianischen Familien- und Kleinbauerngewerkschaft FETRAF-Sul mit 100.000 Mitgliedern, Germanwatch 3/2005).

Um den budgetären Gestaltungsraum für Ausgaben in den Sektoren Gesundheit, Erziehung und Agrarreform zu erweitern, muss die Frage nach der übermäßigen Verschuldung wieder aufgenommen werden. Es ist notwendig, eine externe Prüfung der öffentlichen Verschuldung durchzuführen, und den Inhalt der Verträge sowie die bereits ausbezahlten Beträge, zu prüfen. Es muss auch die Summe der illegitimen und bedenklichen Verschuldung der Länder des Südens geprüft werden. Es ist auch notwendig, makroökonomische Mechanismen aufzubauen, die nach der Verringerung der Verschuldung verhindern, dass sich neue Teufelskreise der Verschuldung bilden. Eine Bezahlung der Schulden sollte auch nur dann erfolgen, wenn gleichzeitig dadurch die Ausgaben für die Deckung der Grundbedürfnisse auf sozialer Ebene nicht beeinträchtigt werden. (Wäre der Zinssatz für die brasilianischen Schulden in den letzten 25 Jahren nur bei durchschnittlich 6 % gelegen (und nicht bei bis zu 20 %) hätten mit dieser Differenzsumme in Brasilien z. B. 10 Millionen Familien ohne Land angesiedelt oder 20 Millionen Arbeitsplätze im Landwirtschaftssektor oder eine zwanzigfache Verbesserung der staatlichen Straßen ermöglicht werden können.) (Vgl. KOO, 2006).

2.2.5. Globaler Welthandel- und -markt/Agrarhandelspolitik

Die Globalisierung und ihre Folgen prägen die gesamte Weltwirtschaft. Globaler Welthandel ist gekennzeichnet durch ein Wachstum des Handels und der Auslandsinvestitionen, welches das Wachstum der Warenproduktion deutlich überschreitet. Charakteristisch ist, dass angesichts günstiger Transport- und Kommunikationssysteme inzwischen praktisch alle Regionen der Erde in die Weltwirtschaft einbezogen sind. Zwar eröffnet diese Entwicklung viele neue Möglichkeiten, aber die Mehrheit der Weltbevölkerung hat bisher keine Chance, davon zu profitieren. Gerade in armen Ländern verschlechtern sich durch den globalisierten Wettbewerb die Lebensbedingungen für manche Bevölkerungsgruppen. Marginalisierte Gruppen können als VerliererInnen dieses Entwicklungsmodells gesehen werden, das ungebremst auf unzählige Arme in den ländlichen Regionen dieser Erde trifft. Insbesondere betroffen sind Kleinbauern/-bäuerinnen- und LandarbeiterInnen-Familien, deren Einkommen direkt von der Preisentwicklung einzelner Waren und Rohstoffe im internationalen Handel abhängt.

Die ungleiche Verteilung von z. B. ländlichen Ressourcen ist zwar kein neues Phänomen, die neoliberale Globalisierung hat seit der Schuldenkrise Anfang der 1980-er Jahre die Kluft zwischen Arm und Reich jedoch deutlich vertieft. Wichtigster Grund hierfür, sind die so genannten Strukturanpassungsmaßnahmen des Internationalen Währungsfonds, an deren Durchführung die Vergabe von Weltbankkrediten geknüpft wurde.

Es geht um eine Reform der Welthandelsordnung und faire Weltmarktbedingungen, als Chance für so genannte Entwicklungsländer und nicht um den Rückzug aus dem Weltmarkt und eine „autozentrierte Entwicklung“ der Selbstversorgung und Selbstgenügsamkeit. Versuche solcher Art haben unter den Bedingungen der Globalisierung keine Zukunft (vgl. Nuscheler, 2004).

2.2.5.1. Agrarmarkt und Agrarreformen

Die in den 1960-er Jahren als Grundstein für eine eigenständige, wirtschaftliche Entwicklung gesetzten Agrarreformen, wurden mit der Schuldenkrise den Oberzielen Haushaltsstabilität und Schuldendienst geopfert. Das zentrale Element der Agrarreform, die Enteignung von Großgrundbesitzern und die Umverteilung auf die arme Bevölkerung, wurde zum Tabuthema. Häufig erklären sich Regierungen primär der Wirtschaftsförderung verpflichtet und verlieren immer mehr die Verantwortung der Einhaltung von Menschenrechten aus dem Blick.

Die Landwirtschaft hat für die meisten Menschen in den südlichen Ländern eine zentrale Bedeutung für die Wahrung ihrer Subsistenzrechte, insbesondere für die Wahrung ihres Menschenrechts auf Nahrung. Durch die internationalen Handelsregeln wird die Wirtschaftsgrundlage dieser Menschen und damit ihr Menschenrecht, sich zu ernähren jedoch massiv untergraben.

Zu den **strukturellen Gründen für Unterentwicklung und Hunger ist der internationale Handel mit Agrarprodukten** zu zählen: Die Europäische Union (EU) und die USA verdrängen mit massiven Exportsubventionen lokale MitbewerberInnen von den Märkten der so genannten Dritten Welt. „US-Weizen wurde in den frühen 90-er Jahren im Ausland um ein Drittel bis um die Hälfte billiger verkauft, als in den Vereinigten Staaten selbst“, berichtet die internationale Menschenrechtsorganisation FIAN, die sich für das Recht auf Ernährung einsetzt. Die Weltbank und der Internationale Währungsfonds haben die südlichen Länder seit den 1980-er Jahren im Sinne der Freihandelsideologie zur Liberalisierung ihrer Agrarpolitik gedrängt: Kredite gab es nur noch, wenn sie ihre Märkte für Produkte aus dem Norden öffneten und die Unterstützung ihrer Landwirtschaft verringerten. Auf der anderen Seite subventionieren



„Wenn die Kinder zu uns kommen, essen sie in den ersten zwei Wochen die ganze Zeit nur – aus lauter Angst, sie könnten später nichts mehr kriegen. Langsam lernen sie dann, dass sie bei uns sicher sind.“ Natasha Andrievskaja, Leiterin des Straßenkinderhauses in Charkov/Ukraine (im Bild mit der kleinen Sabrina)

die Industrieländer ihre eigenen Produkte in hohem Maße, überschwemmen mit diesen die Märkte der südlichen Länder und schotten im Gegensatz dazu ihre eigenen Märkte ab (EU und USA: jährlich 13 Mrd. USD Agrarsubventionen – für Mais, Reis, Sorghum (Hirsesorte), Fruchtsäfte, Dosenfrüchte, Tomaten, Milchprodukte, Tabak und Wein. Die EU subventioniert Milchprodukte mit 1,5 Mrd. Euro im Jahr; EU Butter wird zu Dumpingpreisen direkt in Ägypten, Marokko und Südafrika eingeführt (Agrarsubventionen in Zahlen, Oxfam Nov. 2005). Insbesondere jene Produkte, an denen die Länder des Südens Exportinteresse haben, sind mit besonders hohen Zöllen belegt (in der EU: Weizen 56,5 %, Rindfleisch 87,8 % und Mais 86,1 %, (Fian 2005: 42). Der Zoll wird zudem vielfach umso höher angesetzt, je höher der Verarbeitungsgrad eines Produktes ist (in der EU hat z. B. Rohkakao keine Zollbelastung, Kakaobutter bereits 9 %, Kakaomasse 21 % (Fian 2005: 42). Die Zulieferstaaten werden im bloßen Rohstofflieferantentum gehalten, um nicht auf die profitablere Verarbeitung umzusteigen.

Dadurch schrumpfen die Gewinne, viele Menschen können ihre Produkte am eigenen Markt nicht mehr absetzen und werden so zur Aufgabe ihres Anbaus, ihrer Lebensgrundlage gezwungen. Die Folgen sind Verarmung, Unterernährung und Hunger. Denn von einer exportorientierten Agrarpolitik, zur Devisenbeschaffung für den Schuldendienst, profitieren Kleinbauernfamilien so gut wie gar nicht.

Die FAO bezeichnet dieses Phänomen als „fortschreitende Verarmung von Bauern, die beim besten Willen nicht mit modernen kapitalistischen Betrieben in einer zunehmend offenen Weltwirtschaft werden konkurrieren können.“ 16 Länderfallstudien der FAO, zur Untersuchung der Auswirkungen der WTO-Vereinbarungen zur Landwirtschaft, belegen einen drastischen Anstieg von Nahrungsimporten infolge der Liberalisierung. Danach waren die „Zölle oftmals das primäre, wenn nicht gar das einzige Handelsinstrument, das diesen Ländern zur Stabilisierung der heimischen Märkte und Sicherung der Interessen der Bauern zur Verfügung stand“.

Weiters verbietet das **WTO-Agrarabkommen** seit seinem Inkrafttreten 1995 Mengenbeschränkungen auf Importe und bindet Zölle (sie dürfen nicht mehr über ein bestimmtes Niveau angehoben werden). So genannte Entwicklungsländer können also nicht auf Importfluten reagieren, indem sie ihre Zölle anheben, nur so aber könnten sie ihre Landwirtschaft vor der ausländischen Konkurrenz schützen. Ebenso ist es den Industrieländern weiterhin gestattet, auf hohem Niveau Subventionen zu zahlen, bzw. werden die Auflagen, die die WTO diesbezüglich vorsieht, so umgangen, dass die Subventionen in andere Kategorien umgeschichtet werden. Der Trend zu Importen in den Ländern des Südens hält demnach an, und die Eigenproduktion sinkt.

Das Konzept, der in den laufenden WTO-Verhandlungen vorgeschlagenen Liberalisierung des Welthandels im Bereich der Landwirtschaft, brächte nicht die versprochene Verbesserung für die Menschen in den Ländern des Südens, sondern wäre ein weiterer Schritt zur Zerstörung menschlicher und natürlicher Lebensgrundlagen in den so genannten Entwicklungsländern und würde die, durch soziale und ökologische Mindeststandards geprägte, europäische Landwirtschaft einem verstärkten Wettbewerbsdruck aussetzen.

Es besteht die Notwendigkeit zu Reformen im Welthandel für landwirtschaftliche Produkte. Aus Fehlern und Versäumnissen der Vergangenheit sollen aber die richtigen Schlüsse gezogen werden. Ein gerechter globaler Agrarhandel kann ohne faire Spielregeln, wie Schutz der Ernährungssouveränität und soziale und ökologische Mindeststandards in der Landwirtschaftlichen Produktion nicht funktionieren!

Der Vorwurf, dass viele reiche Länder ihren Verpflichtungen zum Abbau der landwirtschaftlichen Subventionen in der Vergangenheit nicht bzw. nur zögerlich nachkommen wollten, ist sicherlich nicht unberechtigt. Beim Abbau der handelsverzerrenden Stützung und Exportsubventionen hat die EU mit den Reformen 2000 und 2003 Vorleistungen erbracht. Auch ist es erforderlich, dass der nunmehrigen Vorgabe des parallelen Abbaus aller Exportförderungsinstrumente nachgekommen wird. Weiters sind alle Industriestaaten aufgefordert, dem Beispiel der EU zu folgen und den so genannten Entwicklungsländern, insbesondere den LDC (Least developed countries) präferenzielle Handelsabkommen anzubieten. Allerdings muss darauf geachtet werden, dass derartige Abkommen durch Dreieckshandel nicht missbraucht werden und so die erhoffte Wirkung verfehlen.

Solange Agrarabkommen keine bindenden Verpflichtungen enthalten, grundlegende Ziele zu verwirklichen, wie das Menschenrecht auf Nahrung, die Schaffung und Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards und die Errichtung eines beständigen landwirtschaftlichen Sektors, als Fundament einer zukunftsfähigen Entwicklung, solange vergrößert sich die Misere in den Ländern des Südens, als dass sie einen Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklungschance für diese Länder leisten. (Vgl. KOO, FIAN).

2.2.5.2. Bewertung der WTO-Ministerkonferenz Hongkong 2005 im Bereich Agrarhandel (vgl. KOO, 2005)

Die Festlegung des Enddatums der Exportsubventionen war im Bereich Landwirtschaft der zentrale Streitpunkt dieser Ministerkonferenz. Man einigte sich auf ein klares Verbot für landwirtschaftliche Exportsubventionen ab 2013, beziehungsweise auf den Abbau eines „substantiellen“ Teiles der Exportsubventionen bis 2010. Vereinbarungen für die Fragen des Marktzuganges und der internen Stützungen kamen nicht zustande; sie wurden verschoben.

Die intensive Landwirtschaft und die großen Nahrungsmittelkonzerne des Nordens stellen eine (zu) große Konkurrenz für die Kleinbauern/-bäuerinnen vieler so genannter Entwicklungsländer dar. Exportsubventionen ermöglichen und fördern Dumping. Die subventionierten Produkte aus den Industrieländern unterbieten die Preise der lokalen Produkte der sog. Entwicklungsländer und drängen diese vom lokalen Markt. Als die EU 2004 das Angebot machte, die Exportsubventionen auslaufen zu lassen, wurde dies als großes Zugeständnis gewertet, verknüpft mit den Zugeständnissen seitens der Entwicklungsländer für Nicht-Agrargüter (NAMA) und Dienstleistungen (GATS). So gesehen ist ein Auslaufen der Exportsubventionen längst überfällig und wird dennoch – das zweite Mal – als großer Erfolg verkauft. Die EU setzt nun lediglich das langsam um, was von ihr schon seit Jahren verlangt wird.

Wenigstens bis zum Jahr 2013 müssen die Bauern/Bäuerinnen in den sogenannten Entwicklungsländern mit den ungerechten Bedingungen, beziehungsweise mit den Folgen von Exportdumping zurecht kommen. Diesen Ländern fehlen außerdem geeignete Schutzmechanismen, um ihre Landwirtschaft vor Dumping zu schützen. Bis zu diesem Jahr werden viele Menschen, vor allem in der kleinbäuerlichen Landwirtschaft, weiter unter Exportdumping aus der EU zu leiden haben. Der Abbau von Exportsubventionen ist nicht das einzige Problem des Agrarabkommens: Durch das WTO-Agrarabkommen werden Ländern wichtige Schutzinstrumente genommen, ihre Landwirtschaft vor Dumping zu schützen.

2.2.5.3. Bewertung des EU-Entwicklungspaketes „EBA“ („Everything but Arms“) (vgl. KOO, 2005):

Beim so genannten Entwicklungspaket für die 49 ärmsten Staaten der Erde „Alles außer Waffen“, ist trotz aller Kritik zu begrüßen, dass Initiativen zur Umsetzung solcher Pakete überhaupt gestartet werden. Kritik ist sicherlich dahingehend anzumerken, dass der groß versprochene zoll- und quotenfreie Marktzugang lediglich zu 97 % festgeschrieben wurde, die USA, und Japan weiterhin die Möglichkeit haben, sich gegen konkurrenzfähige Produkte (Textilien, Reis, Fisch und Lederwaren) aus den ärmsten Ländern zu schützen. (Im Gegenzug haben sich die industrialisierten Länder reich beschenkt und fordern von den Ländern des Südens einen weitreichenden Marktzugang im Dienstleistungsbereich und bei den Industriegütern.)

Aber auch die Probleme der afrikanischen Baumwollproduzenten, die unter dem, durch die amerikanischen Subventionen verursachten, Preisverfall zu leiden haben, bleiben ungelöst. Es nützt nichts, wenn die USA die Einfuhrzölle auf Baumwolle verringern, ohne die interne Unterstützung (4 Milliarden Dollar an rund 25.000 US-BaumwollfarmerInnen) der BaumwollproduzentInnen in den USA zu kürzen.

2.2.5.4. Beispiele - Der exportierte Hunger

Beispiel Fleisch

Das Zusammenspiel von Überproduktion und Exportförderung in Industrieländern einerseits und Marktöffnung in Ländern des Südens andererseits hat verheerende Auswirkungen auf die Landwirtschaft des Südens gezeigt. Ins Bewusstsein einer breiteren Öffentlichkeit drangen die fatalen Folgen des europäischen Dumpings 1993, durch einen Hilferuf aus den Sahelstaaten Burkina Faso, Mali und Niger. Rund vier Millionen Menschen, mehrheitlich NomadInnen, lebten dort von der Viehzucht in den Trockengebieten südlich der Sahara. Als ihre Hauptabsatzmärkte, die westafrikanischen Küstenländer Elfenbeinküste, Ghana und Benin ins Visier europäischer Exportförderung gerieten, sank ihr Marktanteil zwischen 1984 und 1990 von einem Drittel auf ein Viertel. Dass die EG im gleichen Zeitraum ihren Anteil von 18 % auf 44 % steigern konnte, lag an ihren horrenden Exporterstattungen auf Rindfleischexporte nach Westafrika, die sich zwischen 1984 und 1993 auf 1,4 Mrd. DM beliefen. Zusätzliche Brisanz erhielt der Fall, als dass die Förderung des Viehsektors in Westafrika, seit den 70-er Jahren ein wichtiges Ziel europäischer Entwicklungshilfe gewesen war. Viele Entwicklungshilfeprojekte der EG waren mithin durch die Handelspolitik derselben EG an den Rand des Ruins getrieben worden. (Vgl. Paasch, 2005).

Beispiel Getreide

Ihre Getreideexporte nach Kenia subventionierte die EU in einem solchen Ausmaß, dass 1992 der Ausfuhrpreis für europäischen Weizen 39 %, 1993 sogar 50 % unter dem Interventionspreis (also dem EU-internen Mindestpreis) lag. Die Dumpingpraxis der EU, aber auch der USA stürzte die Getreidepreise in Kenia in den Keller. Im November 1994 boten die USA ihren subventionierten Weißmais zu Preisen an, die 31 % unter den Produktionskosten kenianischer Bauern und Bäuerinnen lagen. Der subventionierte EU-Weizen wurde 39 % unterhalb kenianischer Produktionskosten angeboten. Viele kenianische Bauern und Bäuerinnen mussten aufgeben und verloren ihre Lebensgrundlagen. Der kenianische Fall veranschaulicht exemplarisch das verheerende Zusammenwirken von Dumping im Norden einerseits und Liberalisierung im Süden andererseits: 1993/94 hatte Kenia im Rahmen eines Strukturanpassungsprogrammes seine Einfuhrschranken für Grundnahrungsmittel erheblich reduziert. (Vgl. Paasch, 2005).

Beispiel WTO

Wie schon erwähnt, hat in einer breit angelegten Studie die FAO die Auswirkungen des Agrarabkommens der WTO auf 14 wenig entwickelte Länder untersucht (FAO, 2000). Dabei fand sie heraus, dass in allen untersuchten Ländern der Welt, der Wert der Nahrungsmittelimporte in den Jahren 1995–98 (*Anmerkung: 1995 wurde die WTO gegründet mit dem Abkommen zur Landwirtschaft (AoA)*) gegenüber den Jahren 1990–94 stark angestiegen ist. Der Anstieg variierte zwischen 30 in Kenia und 168 % in Indien. In einigen Ländern, wie Sri Lanka und Guyana haben die Importfluten einheimische Produzenten verdrängt. In Guyana etwa wurde die heimische Fruchtsaftherstellung durch Importe aus Frankreich und Thailand verdrängt: Insgesamt kommt die Studie zu einem beunruhigenden Schluss: Zwar geht die FAO davon aus, dass die Liberalisierung die Produktivität und Konkurrenzfähigkeit in Entwicklungsländern gestärkt habe. Sie führt jedoch zu Verdrängung und Marginalisierung von Bauern/Bäuerinnen und bringt besonders die Kleinbauern in eine Notlage, und dies in einer Situation, wo Sicherheitsnetze kaum vorhanden sind (Armin Paasch).

2.2.6. Landwirtschaft

FAO schätzt, dass ca. 40 Mio. Menschen von der Subsistenzwirtschaft leben: In Afrika und Asien sind knapp 60 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig und der Garant für die Lebensgrundlage und Ernährungssicherung. Trotz der wichtigen Rolle der kleinbäuerlichen Landwirtschaft für die Ernährungssicherung, wird sie von Entwicklungsinteressen gerne übersehen und vergessen. Gefördert werden stattdessen vorrangig Produkte, die industrielle Rohstoffe oder Devisen liefern.

Weltweit werden heute rund 1,4 Milliarden Hektar Land für den Anbau von Nahrungsmitteln genutzt, ohne dass Dünger oder künstliche Bewässerung notwendig wären. Durch Umwelteinflüsse und Raubbau an der Natur nimmt die landwirtschaftliche Nutzfläche zwar jährlich um 7 Millionen Hektar – das entspricht der Größe Irlands – ab. Trotzdem gäbe es genug Land für alle. Das gilt auch für Mexiko, dort sind im landesweiten Durchschnitt 21 % der Bevölkerung in der Landwirtschaft tätig. Im südlichen Bundesstaat Chiapas sind sogar 60 % der 3,6 Millionen EinwohnerInnen Bauern/Bäuerinnen, der Großteil des fruchtbaren Bodens ist aber in der Hand von Großgrundbesitzern. Von den Erträgen und den Naturschätzen unter der Erde profitieren daher nur wenige. Jeden Tag werden in Chiapas 60.000 Barrel Erdöl gefördert, Chiapas ist damit ein Zentrum der mexikanischen Erdölgewinnung. Die Gewinne fließen überwiegend in andere Bundesstaaten oder ins Ausland ab, während in den ländlichen Gebieten im Süden zwei Drittel der Bevölkerung fehl- oder unterernährt sind. Ihnen fehlt das Geld für Nahrungsmittel und der Zugang zu Land – ihr Menschenrecht auf Ernährung wird gebeugt. (Vgl. Rotkreuz FACTBOOK Hunger, 2003).

2.2.7. Klima

Die klimatischen Bedingungen, die zu lang andauernden Dürren und/oder zu jährlichen Überschwemmungen führen und die lebenswichtigen Ernten, gerade in der Subsistenzwirtschaft zerstören, sind zusätzliche Gründe in den bedrohten Krisengebieten. Die massive Bedrohung für die Lebensgrundlage von Millionen von Menschen lassen sich unter anderem nur dann vermeiden, wenn Regierungen in Präventionsmaßnahmen investieren, damit die Menschen im Fall von Naturkatastrophen geschützt sind bzw. durch Frühwarnsysteme aus den bedrohten Gebieten evakuiert werden können. Da es sich bei den von z.B. durch Überschwemmungen bedrohten Menschen, meist um verarmte Bevölkerungsgruppen handelt (z. B. BewohnerInnen von Slumgebieten ohne Infrastruktur und guten Bebauungsbedingungen) braucht es hier vor allem das Interesse von politischen Eliten an verarmten Bevölkerungsgruppen.

2.2.8. Neue Technologien

Hunger ist ein Problem der Nahrungsmittelverteilung und Armut, nicht ein absoluter Mangel an Nahrung. Heute werden diverse neue biotechnologische Verfahren – darunter auch Gentechnik – als Waffen gegen den Hunger propagiert. Ziel ist, die landwirtschaftliche Produktivität zu erhöhen. Da jedoch Hunger in der heutigen Zeit das Resultat der genannten komplexen Problemstränge ist, ist es fraglich, inwieweit diese Verfahren Verbesserungen im Kampf gegen den Hunger bringen können.

Unstrittig ist, dass die **Grüne Revolution** durch verbessertes Saatgut, Chemieeinsatz, Mechanisierung und Bewässerung höhere Produktivität gebracht und damit die Gefahr von Hungerkrisen vermindert hat. BeobachterInnen machen aber auch geltend, dass ihr Ansatz, der sich auf Gunststandorte und Technologie konzentrierte, Arbeitslosigkeit, Landlosigkeit und Landflucht förderte und damit zum Wachstum städtischer Slums zu Armut und Verelendung beitrug. (Vgl. Jahrbuch Welternährung, 2000).

Natürlich muss an dieser Stelle auch erwähnt werden, dass hier der „soziale Aspekt“ der so genannten „Grünen Revolution“ angesprochen wird. Auf den ökologischen Aspekt und damit verbunden auch auf die ökologischen Schäden und deren Problematisierung kann und wird in diesem Papier nicht eingegangen werden. Dass massiver Pestizideinsatz, Monokulturen, nicht lokal angepasste Technologien usw. jedoch nicht abschätzbare ökologische Konsequenzen verursachen, soll trotzdem angemerkt werden.

Zudem ist Saatgut nicht länger ein Gut für alle, sondern vor allem eine Ware, deren Patentierung große Profite verspricht. Motor dieser Entwicklung sind „Fortschritte“ in der Bio- und Gentechnologie (die Eigenschaften der Saatgutsorten werden oft nur geringfügig verändert und Lizenzgebühren eingehoben). Die rechtliche Basis liefert die WTO mit dem „Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte auf geistiges Eigentum“ (TRIPS). (Vgl. Nuscheler, 2004).

Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang sind die Vor- und Nachteile der **Gentechnologie** und die Verteilung genmanipulierten Getreides. Bisherige Erfahrungen – so KritikerInnen – nähren angesichts des bestimmenden Einflusses gewinnorientierter Interessen und Prioritäten auf Forschung, Entwicklung und Nutzung der Gentechnologie Skepsis, zumal die Risiken für Umwelt oder Gesundheit noch gar nicht absehbar seien (vgl. Jahrbuch Welternährung, 2000). Es besteht die berechtigte Kritik von Regierungen, dass sie im Zuge von Nahrungsmittelhilfe anders behandelt werden als EuropäerInnen, die größtenteils erfolgreich genmanipulierte Nahrung von ihren Märkten fernhalten konnten. Auch in Hungersnöten müssen Menschen das Recht haben, Entscheidungen treffen zu können. Und Regierungen, die aufgrund von Besorgnis um die Gesundheit ihrer Bevölkerung und nicht vorhersehbaren Auswirkungen auf Umwelt und Landwirtschaft keine Sanktionen erhalten, sondern mit nicht genmanipulierter Nahrungsmittelhilfe unterstützt werden. Solange die Debatte über die Effekte auf die Gesundheit der KonsumentInnen und die lokale Umwelt durch den Einsatz von genmanipuliertem Saatgut ergebnislos bleibt, sollten westliche Regierungen ihr Möglichstes tun, Regierungen, das WFP (World Food Programme) und NGOs mit nicht-manipulierter Nahrung zur Verteilung zu versorgen. Steht nicht ausreichend nicht-manipulierte Nahrungsmittelhilfe zur Verfügung, sollten sich die Regierungen natürlich dazu entscheiden, die Verteilung genmanipulierter Nahrungsmittelhilfe zuzulassen, um das Sterben zu stoppen. Zum jetzigen Stand der Diskussion bekennt sich die Caritas Europa dazu, in ihren Programmen keine genmanipulierte Nahrung zu akquirieren bzw. in seinen Programmen zu verteilen.

Laut Caritas Europa sollte in Fällen, in denen es keine Alternativen zur Verteilung von genmanipulierter Nahrungsmittelhilfe gibt, um Leben zu retten, Transit bzw. Verteilung von Regierungen genehmigt werden, wie auch Caritas-Organisationen in diesen Fällen von eigener und der jeweils staatlichen Führung, die Verteilung erlaubt werden sollte.

Gibt es keine Alternative zur Verteilung von genmanipulierter Nahrung, sollte das genmanipulierte Korn keinesfalls in den landwirtschaftlichen Kreislauf gelangen. (Vgl. Caritas Europa, 2002)

2.2.9. Bevölkerungswachstum

Afrika weist trotz hoher Säuglingssterblichkeit und niedriger Lebenserwartung ein hohes Bevölkerungswachstum auf. In Eritrea, der Demokratischen Republik Kongo und Burundi, liegt das Bevölkerungswachstum zwischen 2,2 % und 3 % (2005), wobei etwa 70 % der Bevölkerung in diesen Ländern an Unterernährung leidet (2005). In Sierra Leone, Sambia, Mosambik, Äthiopien und Liberia hungern mehr als 45 % der Menschen (2005). Hier liegt das Bevölkerungswachstum zwischen 1,9 % und 2,6 % (2005).

Da aber nicht ein Mangel an landwirtschaftlichen Erzeugnissen die unzureichende Versorgung bedingt, kann nur regional Bevölkerungswachstum als Ursache für Hunger gesehen werden. Denn: weltweit werden zurzeit rund 10 % mehr an Grundnahrungsmittel erzeugt, als Bedarf besteht.

Seit 1970/80 konnte die Weltgetreideproduktion von 131 kg auf 227 kg in den 1990-er Jahren für jede und jeden auf dieser Erde gesteigert werden. Ebenso sprechen die fallenden Preise – trotz wachsender Nachfrage – für ein ausreichendes Angebot (Nussbaumer, 2003).

Die Weltproduktion stieg 1870–1990 fast doppelt so rasch, wie die Weltbevölkerung (1870 – Getreide/Weltbevölkerung als 100 % gesetzt):

Getreideproduktion 775 %
Weltbevölkerung 425 % (Vigener, 1970).

Die Tabelle zeigt auf Grundlage von FAO-Statistiken die Indizes der Nahrungsmittelproduktion pro Kopf; für die ganze Welt, Afrika, Asien und Lateinamerika; Der Durchschnitt für die Jahre 1979–1981 zählt als Basisindex (100)

Region	1974–1976	1979–1981	1996/97
Welt	97	100	111
Afrika	104	100	96
Asien	94	100	144
Indien	96	100	130
China	90	100	192
Südamerika	94	100	117

Zum einen lässt sich weder ein Rückgang der Weltnahrungsmittelproduktion pro Kopf feststellen, zum anderen erfolgten die größten Wachstumsraten der Pro-Kopf-Produktion in den dichtest besiedelten Regionen der so genannten Dritten Welt, insbesondere in China, Indien und dem restlichen Asien (FAO 1984/1995//1998).

Laut Angaben der FAO könnten heute **12 Milliarden Menschen** ernährt werden und täglich mit **10.800 Kilojoule** versorgt werden (FAO, 2004)

„Die Schärfe des Bevölkerungsproblems wird häufig etwas übertrieben, dennoch haben die meisten Entwicklungsländer gute Gründe, sich nach Mitteln und Wegen umzuschauen, die Geburtenrate zu senken. Ein Ansatz, der besondere Beachtung zu verdienen scheint, favorisiert eine enge Verbindung mit einer Sozialpolitik, deren Ziel es ist, die Gleichheit zwischen den Geschlechtern und die Unabhängigkeit der Frauen – durch Schulbildung, Gesundheitsfürsorge und Arbeitsangebot – zu fördern und die individuelle Verantwortlichkeit der Familien durch die Entscheidungsgewalt der zukünftigen Eltern, vor allem der Mütter, zu stärken. Das Erfolgsversprechen dieser Strategie liegt in der engen Verbindung zwischen dem Wohlergehen junger Frauen und ihrer Fähigkeit, selbstbewußt zu handeln“ (Amartya Sen, 1999; Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften und führender Hungerexperte).

2.2.10. Gestiegener Fleischkonsum

Die Tiere, die zu Fleischprodukten verarbeitet werden, werden größtenteils mit Getreide gefüttert. Besonders Rinder verwerten jedoch ihre Futtermittel schlecht. Sie setzen nur elf Prozent in Muskelmasse um, der Rest wird bei Stoffwechselprozessen verbraucht. Ein Großteil des Getreides, das auf der Welt produziert wird, wird für die Fütterung von Rindern und anderem Nutztvieh verbraucht.

Weltweit wird eine so große Menge Getreide an Tiere verfüttert, dass damit etwa 2,5 Mrd. Menschen ernährt werden könnten. 40 % des Weltgetreides, knapp die Hälfte der Fischfänge (als Fischmehl), 60–70 % der Ölsaaten und etwa ein Drittel der Milchprodukte wandern durch die Mägen von Kühen, Schweinen und Geflügel. Diese Verfütterung von Getreide und anderen Nahrungsmitteln zur Produktion von Fleisch, Milch und Eiern, die man als „Veredelung“ bezeichnet, stellt eine große Verschwendung von Nährwerten dar. (Vgl. Nuscheler, 2004).

Wenn sich mehr Menschen pflanzlich ernähren oder auch nur ihren Fleischkonsum senken würden, könnte die geringere benötigte Futtermenge für die Tiere zu einer produktiveren Ausnutzung der weltweiten Anbaufläche führen. Das Verhältnis liegt bei 1:7 – für die Erzeugung einer tierischen Kalorie braucht man im Schnitt 7 pflanzliche Kalorien.

3. Folgen am Beispiel aktueller Hungerkrisen

3.1. Dürre in Kombination mit Missmanagement am Beispiel des aktuellen Hunger-Krisenherdes Kenia:

Seit fünf Jahren hat es am Horn von Afrika nicht mehr ausreichend geregnet, auch 2005 ist die Regenperiode von Oktober bis Dezember in Kenia ausgeblieben. Erst im Jänner 2006 hat der kenianische Präsident Mwai Kibaki die Dürre zu einer nationalen Katastrophe erklärt.

Laut dem Welternährungsprogramm der UN sind allein in Kenia 3,5 Millionen Menschen von der schlimmsten Hungersnot seit Jahrzehnten bedroht. Die Dürre betrifft jedoch nicht nur Kenia, sondern das ganze Horn von Afrika, insgesamt kämpfen in dieser Region 11 Millionen Menschen ums Überleben.

Unter der Dürre leiden vor allem die HalbnomadInnen und NomadInnen im Norden Kenias, wo bereits 70 % des Viehbestands verelendet sind. Die Viehherden bilden nicht nur die Lebensgrundlagen der NomadInnen, sondern haben auch einen sehr hohen persönlichen Wert. Ohne ihre Rinder- und Ziegenherden führen sie nach ihrer Auffassung ein Leben ohne Würde.

Die Tiere sind stark abgemagert und lassen sich nur mehr zu einem sehr geringen Preis verkaufen. Bis die NomadInnen ihre Viehbestände wieder aufgestockt haben werden, dürften Jahre vergehen, in denen sie sich in einer sehr prekären Lebenssituation zurecht finden müssen.

Die Geberländer haben zwar immer wieder Hilfe zugesagt, das Geld reicht jedoch nicht aus, um den Menschen in der Hungersnot ausreichend Hilfeleistungen gewähren zu können. An den wenigen Wasserstellen, die noch intakt sind, werden Angriffe von durstigen Tieren gemeldet. Immer wieder kommt es aufgrund der prekären Lage zu gewalttätigen Zusammenstößen und Übergriffen in der Bevölkerung, vor allem zwischen unterschiedlichen Ethnien.

Gründe für die immer wieder kehrenden Dürreperioden dürften u.a. am Klimawandel, der Entwaldung und der darauffolgenden Bodenerosion zu finden sein. Zwischen 2000 und 2003 hat Kenia mehr als 7.000 ha Wald verloren. (Klaus Töpfer – UNEP United Nation Environment Programme; Berliner Morgenpost, 20.01.06). Wenn die Regierung nicht aktiv gegen den Ressourcenabbau vorgeht, werden sich die Abstände von Dürreperioden und somit die Anzahl an Hunger leidender Menschen konstant erhöhen.

Wie schon erwähnt, sind die Wurzeln für die derzeitige Katastrophe in Ostafrika besonders auch in den Verfehlungen der Regierungen zu finden. Zu spätes Reagieren

geht Hand in Hand mit falscher Prioritätensetzung und unkoordinierter Verteilung, die unmittelbar mit der schlechten Erschlossenheit ganzer Regionen zu tun hat. Desinteresse der politischen Eliten gegenüber der armen, hungernden Bevölkerung, Misswirtschaft und Korruption lassen Gelder in andere Kanäle als jene fließen, die bereits vor dem Ausbruch von akuten Krisen, große Not abwenden könnten.

Internationaler Druck auf die Regierungen der betroffenen Länder muss mithelfen den Menschen langfristig Nahrungsmittelsicherheit zu bringen: Mit der Schaffung entsprechender Infrastruktur und von Präventionsmaßnahmen durch die eigenen Regierungen.

3.2. Chronische Unternährung am Beispiel Indien

Indien ist seit jüngster Zeit für seine aufstrebende Wirtschaft und für die zunehmende internationale Vernetzung bekannt. Der Schein trägt jedoch, falls man glaubt, dass Fortschritt auch den Hunger beseitigt.

In Indien sehen sich 35 % der Bevölkerung, 350 Mio. Menschen, mit einer prekären Ernährungslage konfrontiert (WFP 5.4.2006), davon leiden 210 Mio. Menschen an chronischer Unterernährung. Obwohl in der ersten Hälfte der 90-er Jahre ein leichter Rückgang zu verzeichnen war, sind die Zahlen seit 1995 bis heute wieder konstant angestiegen.

Das groteske an der Ernährungslage ist, dass eine Vielzahl der hungernden Menschen Klein- und Kleinstbauernfamilien sind, die zu wenig oder zu schlechte Böden haben und es an ausreichend Saatgut, Wasser, Beratung, Infrastruktur und Zugang zu Märkten fehlt. Denn auch in Indien hat sich die Liberalisierung des Agrarmarktes negativ auf die Ernährungssicherheit der ländlichen Bevölkerung ausgewirkt. Im Jahr 1991, dem Jahr, in dem der Startschuss für die Handelsliberalisierung fiel, betrug die zur Verfügung stehende Menge an Nahrungsgetreide in den ländlichen Gebieten pro Kopf 177 Kilogramm. Zehn Jahre später waren es nur noch 155 Kilogramm. Als Folge der Liberalisierung des Agrarmarktes wurden 8 Millionen Hektar, auf denen bis dahin Nahrungsgetreide angebaut worden war, auf Exportkulturen umgestellt. Doch die Menschen sind zu arm, um sich die dringend benötigten Nahrungsmittel zu kaufen, und die indische Regierung weigert sich, die Kleinbauern/-bäuerinnen stärker zu unterstützen und exportiert Nahrungsgetreide. Im Hungerjahr 2002/2003 wurden beispielsweise 17 Millionen Tonnen aus Lagerbeständen mit massiven Exportsubventionen auf den Weltmarkt geworfen. Nach FAO-Angaben stieg die Zahl der Hungernden in Indien seit 1998 um 18 Millionen (vgl. Hungerreport 2005, S. 26 f.)

Durch die grüne Revolution ist zwar die Nahrungsmittelproduktion seit 1974 konstant gestiegen, der Großteil der Bevölkerung konnte davon keine Verbesserung ihrer Lebensqualität erfahren, im Gegenteil, sie leiden unter den Folgen der ökologischen Ausbeutung durch moderne Agrarwirtschaft.

Vor allem indigene Gemeinschaften, so genannte „Kastenlose“ und sowohl Frauen als auch Mädchen, sind von Armut und Hunger in Indien am stärksten betroffen. Besonders dramatisch sieht die Situation für Frauen während der Schwangerschaft aus, fast 9 von 10 schwangeren Frauen im Alter von 15 bis 49 Jahren leiden an Unterernährung und Anämie, wodurch 20 % der Frauen ihre Kinder noch während der Schwangerschaft verlieren. Über die Hälfte der unter 5-jährigen Kinder leiden an leichter bis starker Unterernährung. (WFP)

AktivistInnen von FIAN (Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht, sich zu ernähren) haben 2005 immer wieder neue Fälle von Hungertod in den Bundesstaaten Andhra Pradesh und Uttar Pradesh dokumentiert. (Vgl. FIAN)

Die indische Regierung zeigt kein sonderliches Interesse, gegen das chronische Hungerleiden und die ungleiche Verteilung von Nahrungsmitteln vorzugehen. Zusätzlich werden den Bauern/Bäuerinnen die Nahrungssicherung durch Patente auf Reis (z. B. Basmati-Reis) und Saatgut erschwert, wodurch sich viele Kleinbauern verschulden und immer tiefer in die Armutsfalle schlittern.

4. Caritas Positionierung

4.1. Leitbild der Auslandshilfe – Partnerschaftliche Hilfe

Caritas

Caritas („gelebte Nächstenhilfe“) ist das engagierte und uneigennütige Handeln der ChristInnen für Menschen in Not. Die Caritas Österreich ist als Teil der katholischen Kirche auch international tätig.

Warum wir helfen

Durch Katastrophen, die das Leben vieler Menschen bedrohen, durch Unrechtssituationen, in denen die Würde von Menschen mit Füßen getreten wird und durch bittere Not, sind wir zum Handeln herausgefordert. Jesus hat uns durch sein Leben und Wirken ein Beispiel gegeben, das uns fasziniert und uns Mut zum Engagement an der Seite der Betroffenen gibt.

„Was ihr dem Geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“, ist der kategorische Imperativ für die Caritas als Hilfsorganisation der katholischen Kirche. Schon zu biblischen Zeiten verstand man unter „Brüder“ nicht nur Verwandte und Nachbarn. In der globalisierten Welt von heute muss jeder Mensch in Not, Bruder und Schwester sein. Elementarer Grundsatz der Caritas-Arbeit ist die Wahrung der Menschenwürde. Schöpfungstheologisch begründet, drückt diese sich in den Menschenrechten aus: Da wir alle Ebenbild Gottes und Geschöpfe des gleichen Vaters sind, hat jeder Mensch eine unteilbare und unveräußerliche Würde.

Papst Johannes Paul II. sprach die Förderung des Gemeinwohls und den Schutz der Menschenwürde in seiner Rede auf einer internationalen Konferenz zum Thema Globalisierung („*Confronting Globalization: Global Governance and the Politics of Development*“, 29. April 2004) als Herausforderung einer solidarischen Globalisierung an: „... In Anbetracht der Völker, die in unannehmbaren Zuständen des Elends leben, angesichts derer, die sich in Situationen von Hunger, Armut und wachsenden sozialen Missverhältnissen befinden, ist es dringend notwendig, für den Schutz der Menschenwürde und für die Förderung des Gemeinwohls einzutreten. ... Die Herausforderung wird immer darin bestehen, eine solidarische Globalisierung ins Leben zu rufen, die Ursachen der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten zu erkennen und wirksame Optionen aufzuzeigen, die allen eine Zukunft der Solidarität und Hoffnung gewährleisten. ... Dies ist eine edle Form christlichen Zeugnisses, dessen Ziel es ist, unsere heutige Gesellschaft mit den immerwährenden Werten des Evangeliums zu durchdringen“.

Das Prinzip des „*dominium rerum*“ (die Herrschaft über die Güter) sagt aus, dass alle Menschen das Recht haben, die Güter der Erde zu gebrauchen. Es ist ein weiterer Eckpfeiler für den Kampf der Caritas gegen Armut und Hunger und für Gerechtigkeit. In seiner Ansprache an die Mitglieder der Stiftung „Centesimus Annus – Pro Pontifice“ (19. Mai 2006) stellt Papst Benedikt XVI. die Rahmenbedingungen für den Zugang zu primären Gütern in den Mittelpunkt: „... Die Demokratie wird erst dann ihre vollständige Umsetzung erreichen, wenn jeder Mensch und jedes Volk Zugang haben

wird zu den primären Gütern (Leben, Nahrung, Wasser, Gesundheit, Bildung, Arbeit, Rechtssicherheit) durch eine Ordnung der inneren und der internationalen Beziehungen, die jedem Menschen die Möglichkeit zusichert, an diesen Gütern teilzuhaben. Man kann aber keine wahre soziale Gerechtigkeit schaffen, außer aus dem Blickwinkel echter Solidarität heraus, der dazu verpflichtet, stets füreinander zu leben und zu wirken, und niemals gegeneinander oder auf Kosten der anderen“.

Die Weltgemeinschaft ist auf vielfältige Weise aus der sozialen und ökologischen Balance geraten. Um diese wiederherzustellen braucht es zweifelsohne vor allem einen Blick auf das herrschende Ungleichgewicht bei den globalen, wirtschaftlichen Spielregeln, spiegeln diese doch derzeit in erster Linie die Interessen der Länder des Nordens wider. Frei nach einem Zitat von WTO-Generaldirektor Pascal Lamy: Die unsichtbare Hand des Marktes muss an die sichtbare Hand der Gerechtigkeit genommen werden.

Auch der Katechismus der Katholischen Kirche prangert in dem Zusammenhang besonders die Profitgier in der Wirtschaftswelt an, die im Gegensatz zu einem angemessenen Gewinnstreben zu verurteilen sei:

„Auch wenn das Streben nach einem angemessenen Gewinn der Wirtschafts- und Finanzwelt gutgeheißen werden kann, ist der Wucher moralisch zu verurteilen: „Händler, die durch wucherische und profitgierige Geschäfte ihre Mitmenschen hungern und sterben lassen, begehen indirekt einen Mord; für diesen sind sie verantwortlich“. (Katechismus der Katholischen Kirche, 2269). Diese Verurteilung erstreckt sich im Hinblick auf die internationalen Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere im Hinblick auf die weniger fortschrittlichen Länder, denen gegenüber es unzulässig ist, „missbräuchliche, wenn nicht gar wucherische Finanzsysteme“ (Katechismus der Katholischen Kirche 2438) in Anwendung zu bringen. Das Lehramt hat in der jüngeren Vergangenheit kraftvolle und deutliche Worte für eine Praxis gefunden, die sich derzeit in dramatischer Weise ausbreitet: „Treibt keinen Wucher! Diese Plage ist auch in unseren Tagen eine schamlose Realität, die vielen Menschen die Luft abschnüren kann, die sie zum Leben brauchen“ (Johannes Paul II., Ansprache während der Generalaudienz (4. Februar 2004), 3: L’Osservatore Romano, 5. Februar 2004, S. 4.)“ (Kompendium der Soziallehre der Kirche. Päpstlicher Rat für Gerechtigkeit und Frieden. Herder. Freiburg im Briesgau, 2006. 341)

Für wen wir da sind

In der Caritas arbeiten wir für Menschen, die kurz- oder langfristige Hilfe brauchen. Wir respektieren dabei ihre Lebensweise und Wertvorstellungen und helfen dem Gebot Christi folgend, in Nächstenliebe ungeachtet Herkunft, Religion, ethnischer Zugehörigkeit, politischer Überzeugung oder persönlicher Schuld. Prinzipiell hilft die Caritas allen, die in Not geraten sind und unserer Unterstützung bedürfen. Unsere Arbeit soll vor allem jenen Menschen zugute kommen – den Ärmsten der Armen – denen sonst nur unzureichend oder von niemand anderem geholfen wird.

Ausgangspunkt unserer Hilfe ist konkrete, menschliche Not. Im Dialog mit den Betroffenen und unseren PartnerInnen vor Ort suchen wir Lösungen und ermutigen die Hilfesuchenden, initiativ zu werden und die Verantwortung für eine positive Veränderung ihrer Lebenslage zu übernehmen.

Jeder Mensch hat für uns Anspruch auf die bestmögliche Hilfe. Diese verpflichtet uns zur Arbeit nach dem neuesten Stand der Wissenschaft und Sozialarbeit. In diesem Sinne reflektieren wir unsere Tätigkeit unter dem Gesichtspunkt der Chancengleichheit und dem schonenden Umgang mit unserer Umwelt.

Wir verwenden die uns anvertrauten Mittel treuhändig mit Sparsamkeit und Effektivität und folgen in unserer Arbeit gemeinsam festgelegten Standards.

4.2. Eckpfeiler der Caritas-Auslandsarbeit

Nothilfe: Wettlauf gegen die Zeit

Bei akuten Krisensituationen unterstützt Caritas Österreich die Menschen rasch und unbürokratisch. Die Soforthilfe basiert grundsätzlich auf der Humanitären Charta und den „Minimalen Standards in der Nothilfe“ („Minimum Standards in Disaster Response“), wie im „Sphere Project“ festgehalten. Ausgegangen wird davon, dass Menschen in Notsituationen ein grundsätzliches Recht auf Hilfe haben („Rights based approach“).

Die lokale Caritas spielt in der Umsetzung eine wesentliche Rolle: Sie erhebt die Zielgruppen, die Notwendigkeiten und kann im Rahmen des internationalen Caritas-Netzwerkes um finanzielle und logistische Unterstützung ansuchen. Die lokale Caritas sorgt für die professionelle Durchführung bzw. dafür, dass die Hilfe dort ankommt, wo sie am dringendsten benötigt wird.

Nothilfe in Form von Lebensmittelhilfe ist wesentlich, um das Leid der Menschen zu mildern. Caritas Österreich hat in den vergangenen Jahren einen wesentlichen Beitrag in der Soforthilfe geleistet. Bei der Form der Unterstützung sind die Gründe der Krisen zu berücksichtigen: Bei Hungerkrisen, wie in Malawi, die den Großteil der einheimischen Bevölkerung betreffen, müssen andere Strategien – vor allem langfristige Strategien – entwickelt werden, als bei Hungerkrisen, denen die Flüchtlinge in Flüchtlingslagern (wie z. B. im Sudan) oder Binnen-Flüchtlinge (IDPs in Angola) ausgesetzt sind.

Bei der Nothilfe greift die Caritas auf lokale Strukturen und Märkte zurück, da Lebensmittelimporte und importierte Hilfsgüter den lokalen Markt und kommunale Strukturen zerstören können. Meist sind Hungersnöte regional und betreffen selten ein ganzes Land. Interne Transportmöglichkeiten zur Unterstützung des lokalen Marktes spielen deswegen eine wesentliche Rolle.

Im Fall von Naturkatastrophen oder auch kriegerischen Konflikten ist es Ziel der Katastrophenhilfe, Überleben zu sichern, die größte Not zu lindern sowie zum Wiederaufbau überzuleiten. Wiederaufbau wird in der Caritas-Katastrophenhilfe aber viel weiter verstanden als nur die Errichtung von Häusern: Ein „Dach über dem Kopf“ heißt, eine Heimat zu haben, in der Menschen überleben und leben können, Infrastruktur, wie Schulen und medizinische Versorgung, aber auch Einkommensmöglichkeiten zu schaffen, die Menschen ihre Existenz sichert.

Unter Wiederaufbau verstehen wir nicht die Wiederherstellung eines Zustandes vor der Katastrophe, sondern Hilfsmaßnahmen, die die Würde und Selbstständigkeit des Menschen und sein soziales Umfeld wiederherstellen.

Entwicklungszusammenarbeit: Hilfe mit langem Atem

Die Versorgung der Opfer von Naturkatastrophen und Kriegen mit Essen, sauberem Wasser und einem notdürftigen Dach über dem Kopf, ist nur ein Fundament der Auslandshilfe der Caritas. Die Menschen haben nur dann eine echte Chance auf Zukunft, wenn sie auch wieder für sich selbst sorgen und so langfristige Perspektiven entwickeln können. Damit Menschen nach Krisensituationen wieder auf eigenen Beinen stehen können, braucht Hilfe einen langen Atem. Wir bekennen uns daher in der Entwicklungszusammenarbeit zu nachhaltiger Hilfe in engem Dialog mit den PartnerInnenorganisationen und den Betroffenen vor Ort. „Hilfe zur Selbsthilfe“ ist dabei eines unserer Grundprinzipien. Entscheidend ist, dass die Bevölkerung eingebunden wird und sich auch aktiv beteiligt. Die Caritas Österreich unterstützt lokale PartnerInnen in ihren Bestrebungen, eigene Kapazitäten für die Planung, Implementierung und Evaluierung von Projekten zu schaffen bzw. zu stärken



„Es gibt Zeiten, da haben die Kinder tagelang kaum etwas im Magen. Manche weinen dann oder sind ganz apathisch. An Lernen ist dann nicht mehr zu denken.“

Kara Elena Korma, Lehrer in der mobilen Nomadenschule von Yaa Sharbana/Kenia

Viele Katastrophen sind vorhersehbar, Hunger über weite Strecken „hausgemacht“. Oft genügen einfache Maßnahmen, wie der Bau von Wasserrückhaltebecken in Dürreregionen oder Getreidespeicher, um das Schlimmste zu verhindern. In der langfristigen Auslandshilfe fördert die Caritas Österreich Präventionsprogramme, um Krisen vorzubeugen.

Beispiel Mali: Vorsorgespeicher helfen langfristig! – Jährlich sind die Marktpreise für Getreide nach der Erntezeit im Oktober am niedrigsten. Meist sind die Bauern/Bäuerinnen aber gerade in dieser Zeit gezwungen, einen Großteil ihrer Ernte zu verkaufen, weil Schulden zu bezahlen sind. Für den jährlichen Eigenbedarf bleibt dann zu wenig übrig und die Bauern/Bäuerinnen müssen in den letzten Monaten vor der neuen Ernte teures Getreide am Markt kaufen. Deshalb fördert die Caritas den Bau von Getreidespeichern, die unter Verwaltung der lokalen Pfarren stehen. Die Bauern/Bäuerinnen verkaufen die Ernte an die lokalen Pfarrgenossenschaften und können später das Getreide zu einem Sozialpreis einkaufen. Damit können die, um ein Vielfaches höheren, Marktpreise umgangen werden. Zusätzlich schult die Caritas die Mitglieder der Pfarrgenossenschaften über fachgerechte Lagerhaltung.

Hilfe für soziale Randgruppen

Wir verstehen uns als Anwältin und Partnerin jener Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben. Unsere Hilfe orientiert sich an den Grundbedürfnissen dieser Menschen und ist bemüht, deren Lebenssituation nachhaltig zu verbessern.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Öffentlichkeitsarbeit richtet sich an Menschen in Österreich und versucht, ein objektives Bild der Bedürfnisse von Menschen in anderen Ländern und Kulturkreisen zu vermitteln. Mit der konkreten Darstellung unserer Arbeit wollen wir in Österreich das Bewusstsein fördern, dass wir alle miteinander verbunden und aufeinander angewiesen sind und daher füreinander Verantwortung tragen.

Anwaltschaft

Unter „Anwaltschaft“ verstehen wir die aktive Mitgestaltung des gesellschaftlichen und politischen Lebens. Unser gesellschaftspolitisches Engagement steht in direktem Zusammenhang mit unserer täglichen Arbeit und ist mit unseren Partnern abgestimmt. Wir sehen uns veranlasst, die Ursachen von Not aufzuzeigen, Vorschläge zur Beseitigung dieser Ursachen einzubringen und an konkreten Veränderungen mitzuarbeiten – auch dann, wenn wir Kritik ernten..

Was wir erreichen wollen:

- Menschen rasch und wirkungsvoll zu helfen, lebensbedrohende Situationen zu überwinden.
- Auch für das Leben nach der Katastrophe bereits in der Katastrophenhilfe Voraussetzungen zu schaffen (nachhaltige Hilfe von Anfang an) und zu Wiederaufbau und Entwicklung überzuleiten.
- Bei der Hilfeleistung auch unsere lokalen PartnerInnen – v. a. die kirchlichen Strukturen – so einzubeziehen, dass sie gestärkt und für zukünftige Arbeit in ihrem Land besser ausgestattet aus der Arbeit hervorgehen.

Wir können wirkungsvoll und sparsam helfen weil:

- Wir durch die lokale Caritas vertreten sind, die sofort nach Eintreten einer Katastrophe im Vertrauen auf unsere Unterstützung helfen kann und über geschultes, mit den Verhältnissen des Landes vertraute MitarbeiterInnen verfügt.
- Wir als Partner der lokalen Caritas durch sie vor, während und nach einer Katastrophe präsent sind und den Menschen beistehen können und müssen. Wir sind daher auch in der Wiederaufbauphase und der nachfolgenden Entwicklungszusammenarbeit gefordert, unseren Beitrag zu leisten. Dabei achten wir auf die Selbstständigkeit, Unabhängigkeit und das Selbsthilfepotenzial unserer PartnerInnen und helfen so ganzheitlich und auf die Zukunft orientiert.

5. Forderungen und Herausforderungen

Ernährungssicherheit als Ziel internationaler und EU-Agrar- und Handelspolitik - alle Menschen sollen die Möglichkeit haben, sich ausreichend und gesund zu ernähren, sei es vom eigenen Feld oder durch ein ausreichendes Einkommen.

- **Beseitigung realer Handelsverzerrungen**

Landwirtschaft steht am Beginn der ländlichen Entwicklung eines Landes. Als Folge müssen landwirtschaftliche Produkte aus den Ländern des Südens einen fairen Marktzutritt in den Norden haben.

- **Neue Subventionskriterien**

Forderung nach gerechten Preisen für landwirtschaftliche Produkte, die über den Produktionskosten liegen und den bäuerlichen Familien ein ausreichendes Einkommen sichern sowie eine umweltverträgliche Produktion ermöglichen. Subventionen und Direktzahlungen werden weiterhin notwendig sein, sollen aber in Zukunft ausschließlich einer nachhaltigen, sozialen und ökologischen Ausrichtung der Agrarproduktion dienen. Weiters sollen, als Basis einer Neuorientierung der Agrar- und Förderpolitik, Überlegungen über eine Staffelung und Obergrenzen bei Direktzahlungen, im Sinne der Anwendung des Prinzips der ökologischen und sozialen Kostenwahrheit angestellt werden. (Vgl. KOO)

- **Verbot des Dumping** (Bestätigung des Verbotes für Exportsubventionierung in der Landwirtschaft im Rahmen der WTO Doha-Runde in Hong Kong 2005)

Recht auf Ernährungssouveränität – die selbstbestimmte Versorgung mit Nahrungsmitteln und das Recht eines Landes, selbst zu entscheiden, wie sie produziert werden.

- **Forderung nach einer Orientierung der Agrarpolitiken am Modell**

der „Ernährungssouveränität“ und die bäuerliche Produktion von Grundnahrungsmitteln vorrangig für den regionalen Markt, statt für den Weltmarkt. Ernährungssouveränität meint, die Fähigkeit der Menschen sich und ihre Angehörigen mit ausreichender und kulturell angepasster Nahrung zu versorgen, die aus eigener Erzeugung oder aus Importen oder aus einer Mischung beider Quellen stammt. Um dies wenigstens ansatzweise zu gewährleisten, haben wenig entwickelte Länder vorgeschlagen, ihre Landwirtschaft durch die Kennzeichnung „besondere Produkte“ (so genannte special products) zu schützen. Dabei handelt es sich um Produkte, die für die Ernährungssouveränität des Landes von besonderer Bedeutung sind. Ebenso sollte ein besonderer Schutzmechanismus (der so genannte special safeguard mechanism) geschaffen werden, der ein schnell reagierendes und wirksames System zum Schutz der Agrarmärkte vor Importerhöhungen bilden würde. Natürlich können alle diese Vorschläge allein nicht die Ernährungssouveränität garantieren, dennoch bilden sie einen wichtigen Schutz vor Importen, die die Produktionskapazitäten im Inland unterminieren. (Vgl. KOO)

Unterstützung ökologischer Landwirtschaft und kleinbäuerlicher Strukturen und ländlicher Entwicklung

- **Agrarpolitische Maßnahmen in den Ländern des Südens:** Nachhaltige Bewirtschaftung der Nutzflächen, um weitere Verluste von Ackerland durch Bodenerosion, Versteppung und Versalzung einschränken zu können. Weiters die

Verringerung der hohen Ernte- und Nachernteverluste durch Verbesserung der Lagerung und Schädlingsbekämpfung. Den Aufbau von Vorratskapazitäten und Frühwarnsystemen, um bei drohenden Hungerkrisen rechtzeitig reagieren zu können. (Vgl. Nuscheler, 2004).

- Stärkere Förderung der Nahrungsmittelproduktion durch nationale und internationale Entwicklungsprogramme und größere Investitionen in die ländliche Entwicklung, um das soziale Gefälle zwischen Stadt und Land abzubauen und die Schubkräfte der Landflucht einzudämmen. (Vgl. Nuscheler, 2004).

Die Ausrottung des Hungers und die Bekämpfung von Armut stellen auch hohe Anforderungen an Friedens-, Sozial-, Finanz-, Agrar-, Welthandels-, Medien-, Bildungs- und Kulturpolitik, Gesundheits-, wie auch an Umwelt-, Verkehrs-, Wissenschafts- und Technologiepolitik.

■ **Berücksichtigung von Umwelt- und Sozialstandards**

Handelspolitische Reformen – auch im Bereich der Landwirtschaft – bewirken wenig, wenn sie nicht mit Mechanismen und Kriterien verknüpft werden, die auf eine Verbesserung der Umwelt- und Lebensbedingungen in den betroffenen ländlichen Gebieten abzielen. Die Freihandelsideologie der WTO und die damit verbundene Exportorientierung im Agrarbereich, haben oft verheerende Folgen für die Bauernfamilien, LandarbeiterInnen und die Umwelt in den Ländern des Südens. Handelspolitische Anreize sollten nur gegenüber Staaten gesetzt werden, die ein Mindestmaß an ökologischen und sozialen Normen garantieren. Eine globale Liberalisierung der Landwirtschaft ohne soziales Maß löst keine Probleme, sondern verschärft nur Gegensätze. Die internationalen Menschenrechts-, Arbeitsrechts- und Umweltabkommen müssen gegenüber Handelsabkommen aufgewertet werden. Zum Aufbau von Mindeststandards im Sozial- und Umweltbereich braucht es Know-how-Transfer und finanzielle Unterstützung von Seiten der Industrieländer. Eine der weltweit vorbildlichen und erfolgreichen Referenzen dafür ist der Faire Handel. Im Jahr 2004 wurde weltweit bereits ein Umsatzvolumen von etwa 1 Mrd. Euro im Handel von landwirtschaftlichen Produkten, wie etwa Kaffee, Bananen mit dem Fairtrade-Gütesiegel erreicht. Fairtrade ist ein weltweit tätiges unabhängiges Zertifizierungssystem, das die Einhaltung von sozialen und ökologischen Mindeststandards kontrolliert und durch faire Preise und die Bezahlung von Prämien die soziale Entwicklung in den Entwicklungsländern fördert. Mehrere Millionen Menschen, vorwiegend in bäuerlichen Strukturen, konnten dadurch ihre sozialen und ökologischen Lebensbedingungen nachhaltig verbessern. (Vgl. KOO)

■ **Stärkung der demokratischen Strukturen in den Ländern des Südens**

Handelspolitische Reformen müssen Anreize schaffen, demokratische Strukturen in den Ländern des Südens zu stärken und Korruption zu bekämpfen. Insbesondere die Schaffung von demokratisch legitimierten Interessenvertretungen ist wesentlich, um den Bauern und Bäuerinnen Mitsprachemöglichkeiten einzuräumen. Der Aufbau von landwirtschaftlichen Organisationen (Stichwort capacity building) muss gezielt gefördert werden, um eine für die Bevölkerung vielfach nachteilige, einseitige Exportorientierung zu verhindern. (Vgl. KOO) Außerdem müssen Regierungen in den Ländern des Südens in die ländliche Entwicklung investieren: in Infrastruktur, wie in den Bildungs- und Gesundheitssektor.

■ **Demokratisierung des WTO-Verhandlungsprozesses**

Aus schlechten Verhandlungen können kaum gute Abkommen hervorgehen. Während die USA und einige weitere WTO-Mitgliedsstaaten sich gegenseitig zu den kürzlich stattgefundenen Konferenzen in Genf beglückwünschten, auf denen ein Rahmenabkommen auf Grundlage der Doha-Runde der Handelsgespräche beschlossen wurde, waren mindestens 119 der 148 WTO-Mitgliedsstaaten meist von den Verhandlungen ausgeschlossen. Viele äußerten sich frustriert über den „informellen“, nicht dokumentierten und nicht nachvollziehbaren Verhandlungsprozess. Die Verhandlungen setzten die traditionelle



„Wenn man wissen möchte, wie sehr ein Dorf Hunger leidet, muss man die Frauen fragen. Denn sie sind es, die sich um das Essen für die Kinder kümmern.“

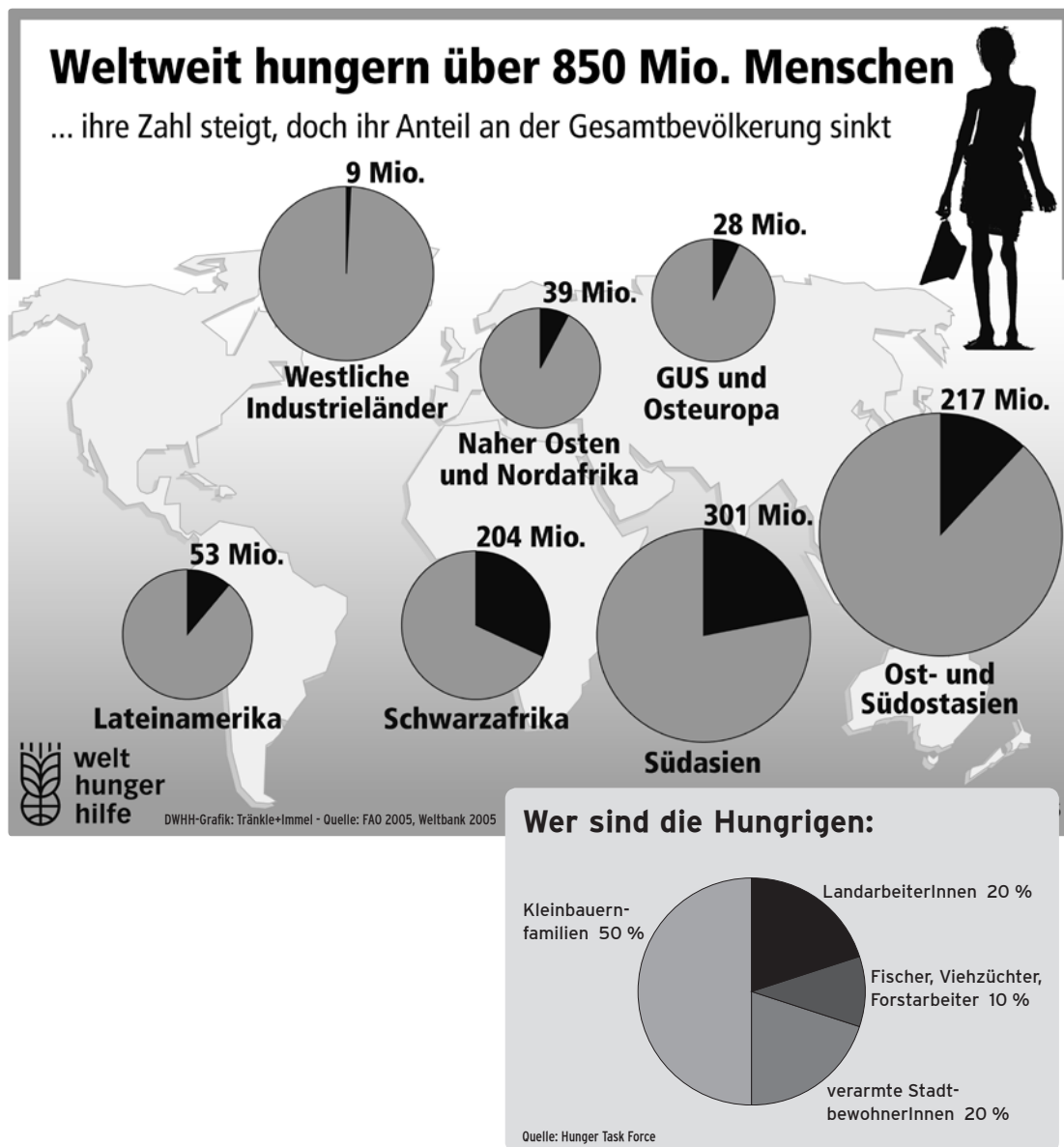
Caritas-Helferin Monika Kalcsics nach ihrem Einsatz in Niger

Vorgangsweise fort, dass nur einige wenige Länder zu einem Übereinkommen gelangten, dann aber dem gesamten Leitungsgremium nur kurze Zeit (in diesem Fall weniger als 24 Stunden) gegeben wurde, dieser Übereinkunft zuzustimmen. Die WTO braucht klare Regeln für die offiziellen Verhandlungen, um die effektive Teilnahme aller 148 Mitglieder zu garantieren und um Transparenz zu gewährleisten.

Die WTO besteht nun seit über 10 Jahren. Eine objektive Evaluierung ist überfällig, um festzustellen, ob ihre Maßnahmenpakete in erster Linie den Menschen und einer zukunftsfähigen Entwicklung gedient haben, oder ob damit nur die grenzüberschreitenden Handelsstatistiken aufgewertet wurden. Europa muss seine Verantwortung für den Gestaltungsprozess des Agrarhandels stärker wahrnehmen und seinen Einfluss/Mitspracherecht wieder stärker nützen. Insbesondere müssen sich die VerhandlungsführerInnen der EU für die Multifunktionalität, zur Wahrung der Nachhaltigkeit einsetzen. Österreich kann mit Stolz auf ein ökosoziales Landwirtschaftsmodell verweisen, das in vielen Bereichen vorbildlich ist. Jede Reform muss auch im Blickwinkel der Auswirkungen auf die Landwirtschaft und Wirtschaft in den Entwicklungsländern und in den entwickelten Ländern betrachtet werden. Dabei muss auch die finanzielle Abgeltung der Leistungen einer multifunktionalen Landwirtschaft mit Anreizkomponenten möglich bleiben. Eine ehrliche Auseinandersetzung mit den Konsequenzen der Liberalisierung ist notwendig.

Es ist höchste Zeit, eine Politik zu entwerfen, mit deren Hilfe alle Arten von Marktverzerrung eingedämmt werden und der Erfolg daran gemessen wird, ob die auf internationaler Ebene ausgemachten Entwicklungsziele erreicht wurden. Aus diesem Grund sprechen sich die unterzeichnenden Organisationen gegen eine weitere Liberalisierung der Landwirtschaft innerhalb der WTO aus. Ein derartiges Abkommen wäre wirklich als historisch anzusehen. (Vgl. KOO)

6. Anhang



6.1. Auswirkungen von Mangel- und Unterernährung auf den menschlichen Organismus

Mangelernährung/Unterernährung

Mangelernährung ist ein komplexer Zustand, bei dem Defizite im Protein- Energie- Vitamin und Spurenelemente-Haushalt vorliegen. Ursachen der Mangelernährung sind unzureichende Zufuhr über die Nahrung oder mangelnde Verwertung über den Organismus. Diese kann entweder quantitativ, durch zu wenig Energiezufuhr oder qualitativ, durch einen Mangel an essentiellen Nährstoffen, wie z. B. Eiweiß, Vitaminen und Spurenelementen ausgelöst werden.

Allgemein führt Mangelernährung zu einer

- Beeinträchtigung des Stoffwechsels
- Minderung von Enzymaktivitäten
- Störung von Organaktivitäten

- Verschiebung im Wasser- und Elektrolytverhältnis
- verzögerten Wundheilung
- allgemeinen Schwäche und reduzierten Belastbarkeit

In Ländern mit erhöhter Kindersterblichkeit sterben, mit Muttermilchersatz ernährte Babys, 14-mal häufiger an Durchfallerkrankungen und 4-mal häufiger an Lungenentzündung, als Babys, die ausschließlich gestillt werden. Jährlich sterben über 6 Millionen Kinder durch Mangelernährung, das entspricht 55 % der Todesfälle bei Kindern unter 5 Jahren in so genannten Entwicklungsländern. (Die Wechselwirkung zwischen den beiden bedeutendsten unmittelbaren Ursachen für Mangelernährung – unzureichende Ernährung und Krankheit – führt zu einem lebensbedrohlichen Kreislauf. Ein mangelernährtes Kind, dessen Widerstandskraft gegen Infektionen geschwächt ist, wird krank und somit verschlimmert sich die Mangelernährung.)

Einige Mangelerscheinungen sollen exemplarisch die Auswirkungen auf die Gesundheit aufzeigen.

Jodmangel, die weltweit häufigste Ursache für intellektuelle Beeinträchtigung. Weltweit leiden geschätzte 43 Millionen Menschen an verschiedenen Stadien von Schädigungen des Gehirns und psychischen Beeinträchtigungen infolge von Jodmangel. Dazu zählen 11 Millionen, die einen Kretinismus haben. (Dabei produziert die Schilddrüse zu wenig Thyroxin – ein Hormon – das zu einer Entwicklungsverzögerung des Zentralnervensystems, Missbildungen des Skeletts Schwerhörigkeit und Taubheit führt, somit mit einer körperlichen und geistigen Schwerbehinderung einhergeht.) Seit den 90-er Jahren jodieren 29 Länder über 90 % ihres Speisesalzes, weitere 24 Länder jodieren 75–90 %. Dies führte dazu, dass laut internationalen Schätzungen die Zahl, der an Kretinismus erkrankten Kinder, um die Hälfte reduziert werden konnte.

Vitamin A ist wichtig für das Wachstum, die Funktion und den Aufbau der Haut und Schleimhaut sowie für den Sehvorgang. Über 100 Millionen Kinder leiden an Vitamin A-Mangel.

Vitamin A ist ein wesentlicher Baustein für den Sehfärbstoff, der bei Mangel zu Erblindung führen kann. Ferner ist Vitamin A für den Aufbau von Abwehrkräften von essentieller Bedeutung.

Wirkungsvolle Methoden, um Vitamin A-Mangel zu bekämpfen, sind die Anreicherung von Nahrungsmitteln mit Vitamin A und die Verteilung von Vitamin A-Kapseln. Es gibt kaum eine wirkungsvollere Maßnahme, um Sterblichkeitsraten und lebenslange Behinderung zu reduzieren, als Vitamin A-Kapseln. So haben Studien in Brasilien, Ghana, Indonesien und in anderen Ländern gezeigt, dass bei einer zusätzlichen Versorgung von Kindern mit Vitamin A die Todesrate an Durchfallerkrankungen um 35–50 %, die Todesrate an Masern um die Hälfte reduziert werden konnte.

Eisenmangel ist wahrscheinlich das weit verbreitetste Ernährungsproblem. Mehr als die Hälfte aller Frauen und ein hoher Prozentsatz von Kindern in so genannten Entwicklungsländern leiden daran.

Eisen ist ein wichtiges Spurenelement und wird für die Funktion aller Zellen benötigt. Für die Fähigkeit des Körpers, Sauerstoff aufzunehmen und zu transportieren, ist Eisen genau so wichtig, wie für den gesamten Energiestoffwechsel.

Eisen-Anämie vermindert die Resistenz gegen Krankheiten und schwächt die geistige und körperliche Kraft von Erwachsenen und Kindern. Sie ist eine wichtige Ursache von Müttersterblichkeit und erhöht das Risiko von Blutungen und Infektionen während der Geburt.

Zink fördert das normale Wachstum und die Entwicklung. Es ist Teil eines Enzyms, das in den roten Blutkörperchen „arbeitet“, sie befördern das Kohlendioxid vom Gewebe zur Lunge. Zink ist für die Funktion und Erhaltung des Immunsystems verantwortlich. Bei mangelernährten Kindern führt es zu Wachstumsstörungen und Anfälligkeit für Infektionen.

Folsäure ist ein Vitamin B-Abkömmling und an der Bildung von roten Blutkörperchen beteiligt. Sie ist für die Entwicklung der Nervenzellen im embryonalen Stadium verantwortlich und trägt zur gesunden Entwicklung des Rückenmarks und Gehirns bei. Folsäuremangel schädigt den sich entwickelnden Fötus, es geht meist mit hohem Frühgeburtsrisiko und zu niedrigem Geburtsgewicht einher, ferner trägt ein Mangel auch zu Anämien bei.

Proteine, umgangssprachlich auch Eiweiße genannt, sind Moleküle. Sie gehören zu den Grundbausteinen aller Zellen und verleihen dieser nicht nur Struktur, sondern sind auch die molekularen „Vehikel“, die Stoffe wie Aminosäuren, Hormone und Antikörper transportieren. Sie sind am Aufbau der Zellen wesentlich beteiligt. Der Körper benötigt ein Gramm Eiweiß pro Kilogramm Körpergewicht.

Proteinmangel kann im schlimmsten Fall zum so genannten Kwashiorkor-Syndrom führen. Erkrankte erkennt man an ihren dicken Bäuchen. Verursacht wird dies durch die Einlagerung von Wasser in das Gewebe. Weitere Symptome sind Muskelschwäche, Wachstumsstörungen, Fettleber und Ödeme. Ein andauernder Proteinmangel führt zum Marasmus und zum Tod.

Zusammenhänge zwischen Ernährung und Erkrankungen:

Die Rolle von Ernährung bei der Infektionsvorbeugung zeigt sich besonders deutlich an HIV-positiven Frauen. In Malawi wurde 1994 eine Studie durchgeführt. 32 % der Frauen, die während der Schwangerschaft an Vitamin A-Mangel litten, gaben den HIV-Virus an ihre Kinder weiter. Im Gegensatz dazu infizierten nur 7 % der Frauen ohne Vitamin A-Mangel ihre Kinder. Eine Studie in Kenia ergab, dass die Konzentration von HIV in der Muttermilch bei Frauen mit Vitamin A-Mangel höher ist, als bei Frauen ohne Vitamin A-Mangel.

Nahrungsergänzung mit Vitamin A und Zink kann die Resistenz von Kindern gegen Malaria erhöhen. Ein Drittel der Kinder, die Vitamin A erhielten, bekommen bei dieser Erkrankung weniger hohes Fieber.

Eine in Nepal durchgeführte Studie zeigt, dass die Versorgung mit niedrig dosiertem Vitamin A die Müttersterblichkeit in Regionen mit verbreitetem Vitamin A-Mangel um 44 % senkt.

Anämien (Verminderung des Hämoglobins und der roten Blutkörperchen) infolge von Eisenmangel, ist die weitest verbreitete Ernährungsstörung der Welt. Eisenmangel vermindert die Resistenz gegen Krankheiten und schwächt die körperliche und geistige Kraft, insbesondere bei Kindern. Sie ist eine wichtige Ursache von Müttersterblichkeit und erhöht das Risiko von Blutungen und Infektionen während der Geburt.

Es wird geschätzt, dass um die 2 Milliarden Menschen, vorwiegend Frauen, an Anämie leiden – rund 80 % von ihnen aufgrund von Eisenmangel. Ursachen für die Eisenmangelanämie sind unzureichende Ernährung, Blutverlust durch Menstruation, parasitäre Infektionen durch Hackenwürmer. (So kostet die Einzeldosis eines Wurmmittels 0,03 Cent, damit könnten Wurmerkrankungen reduziert werden. Wurmerkrankungen sind wesentlich an Anämien beteiligt.)

Diese Zusammenhänge tragen wesentlich zum Verständnis zwischen den jeweiligen Erkrankungen und deren Auswirkungen bei.

6.2. Arbeit des Caritas-Netzwerkes in aktuellen Krisen

Wie das Caritas-Netzwerk in Malawi 2006 hilft:

Krise	Dürrebedingte Ernteausfälle und schleichende Krise durch Hungersnot
Betroffene Regionen	Chikwawa, Dedza, Blantyre und Zomba Diözesen
Anzahl der Betroffenen	12.600 Haushalte (Durchschnittlich 5,5 Personen pro Haushalt)
Aktionen der Caritas vor Ort	<p>Programmdauer: September 2005 bis Mai 2006 Jedes Monat, über eine Dauer von 6 Monaten, erhalten</p> <ul style="list-style-type: none"> - 12.600 Haushalte Essensrationen. - Food-for-Work-Projekte in 252 Dörfern. - Informations- und Bildungsberatung über HIV/Aids-Vorbeugung und Abschwächung mittels 63 Verteilungszentren. - Saatgutverteilung in 5.473 betroffenen Haushalten in Chikwawa, Blantyre und Zomba Diözesen. - Ausbau der Kapazitäten von CADEMON in Diözesen und Gemeindeebene für die Planung und Monitoring der Programme.
Klimasituation und Ernte	In Malawi läuft die landwirtschaftliche Hauptsaison zwischen Oktober und März. Von Mai bis September ist das Wetter kühl und regenlos. Die Monate September und Oktober sind heiß und trocken, die Regenzeit dauert von November bis April. Die nächste Erntezeit ist im April.

Wie das Caritas-Netzwerk in Äthiopien 2006 hilft:

Krise	Ausbleibender Regen verursacht Massensterben des Viehbestandes der NomadInnen
Betroffene Regionen	Tigray, Amhara, Oromiya, Afar und Somaliregion
Anzahl der Betroffenen	1,75 Mio. Personen
Aktionen der Caritas vor Ort	<ul style="list-style-type: none"> - 5.600 Kinder und stillende Mütter erhalten FAMIX - Cash for Work (Bau von „check-dams“, Straßenverbesserungen, damit die Menschen Zugang von den Dörfern zu den Märkten haben), - Landwirtschaftliche und Wasserprogramme - Die Caritas in Äthiopien ist mit diesen Programmen in den Diözesen Mekelle (Norden), Meki (Zentral) und Harar (Osten) tätig
Klimasituation und Ernte	In Äthiopien gibt es unterschiedliche Regen- und Erntezeiten - generell ist die große Erntezeit von September bis Dezember 2005 sehr gut ausgefallen. Sehr prekär ist die Situation in einigen Regionen wie in der Somaliregion und für die Viehbauern in den Weidegebieten, dort fehlt der Regen, es gibt keine Weideflächen, Tiere verenden. Schwache Infrastruktur, fehlende Logistik und Verteilungsstrukturen

Wie das Caritas-Netzwerk in Kenia 2006 hilft:

Krise	Ausbleibender Regen verursacht Massensterben des Viehbestandes der NomadInnen
Betroffene Regionen	Nord- und Ostkenia (fast 50 % aller Distrikte)
Anzahl der Betroffenen	3,5 Mio Menschen
Aktionen der Caritas vor Ort	<p>Programmdauer: Februar bis Oktober 2006</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Caritas hilft in 10 Diözesen (Muranga, Kitui, Machakos, Maralal, Garrissa, Lodwar, Isiolo, Ngong, Malindi, Mombasa) mit <ul style="list-style-type: none"> • Nahrungsmittel für 43.635 Menschen • Zusatznahrung für Kinder, werdende Mütter und ältere Menschen • trockenresistentem Saatgut für 18.493 Bauern, um mittelfristig bessere Ernten zu schaffen • Implementierung und Durchführung einer Sicherheitspolitik, um die Verteilung der Hilfsgüter transparent und fair zu gestalten - In 6 Distrikten (Mandera, Moyale, Marsabit, Isiolo, Samburu und Kajado) werden 97.500 Personen mit Wasserprojekten, Zusatznahrung, Erneuerung des Viehbestandes, Saatgut und Bewässerung unterstützt.
Klimasituation und Ernte	Extreme Trockenheit in weiten Teilen des Landes, in einigen Regionen hat es vier Jahre nicht geregnet. Tierherden finden keine Weiden, sind zu abgemagert und nicht mehr auf dem Markt zu verkaufen.

6.3. Hunger und Kriege Mitte der 1990-er Jahre

Afrika	Asien	Lateinamerika	Europa
Äthiopien	Afghanistan*	El Salvador	Armenien*
Algerien*	Tadschikistan	Guatemala*	Aserbeidschan*
Angola*	Indien/Kashmir*	Haiti	Bosnien Hg*
Burundi*	Indonesien/Ost-Timor*	Kolumbien*	Georgien*
Eritrea	Irak*	Mexiko	Kroatien*
Ghana*	Kambodscha*	Nicaragua	Moldawien*
Kenia*	Myanmar	Peru	Serbien*
Liberia*	Philippinen		Russland/ Tschetschenien*
Mosambik	Sri Lanka*		
Niger*	Türkei*		
Nigeria*			
Ruanda*			
Sierra Leone*			
Somalia*			
Sudan*			
Togo*			
Uganda			
Zaire*			

* aktive Konflikte, in denen Hunger als Waffe eingesetzt wurde

Quelle: Rotes Kreuz, Weltkatastrophenbericht 1996 („Hungerkriege – Länder, in denen Hunger als Waffe eingesetzt wurde“)

6.4. Individuelles Engagement gefragt

Bei der Bekämpfung von Armut und ihren schrecklichen Folgen geht es letztendlich um die Frage, wie wir unseren Kindern und Kindeskindern eine lebenswerte Welt erhalten können. Um dieses Ziel zu erreichen, sind alle gefordert, ihren Beitrag zu leisten: Politik und Wirtschaft genauso, wie der/die Einzelne. Armutsbekämpfung in ihrer internationalen Dimension hat sehr viel mit dem Verhalten der KonsumentInnen zu tun: Wollen diese immer alles billig, nach dem Motto „Geiz ist geil?“ oder haben sie Interesse daran, dass die Produkte unter fairen Bedingungen angefertigt und transportiert wurden?

Der persönliche Beitrag Einzelner ist gefordert, damit Menschen in aller Welt eine Chance auf Zukunft haben. Und das, was getan werden kann, darf nicht unterschätzt werden. Durch bewusstes KonsumentInnenverhalten, Überflussmanagement und bewussten Einkauf – wie das Achten auf Regionalität und Saisonalität bei Lebensmitteln oder auch auf Umwelt- und Sozialverträglichkeit z. B. in der Textilbranche – wird kleinen ProduzentInnen in Ländern des Südens eine Chance gegeben, gegen multinationale Konzerne bestehen zu können.

FAIRTRADE

Das FAIRTRADE-System schafft gerechte Bedingungen für ProduzentInnen in den Ländern des Südens. Die fair gehandelten Produkte sind dabei doppelter Genuss: KonsumentInnen können mit ihren Kaufentscheidungen für Produkte, die mit dem FAIRTRADE-Gütesiegel versehen sind, einen persönlichen Beitrag zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen in Afrika, Asien und Lateinamerika leisten. Es reicht, beim Einkauf auf das Gütesiegel zu achten. Ein System wie FAIRTRADE macht es leicht, einen kleinen, aber wichtigen Beitrag zu mehr Gerechtigkeit zwischen Nord und Süd zu leisten. FAIRTRADE handelt als unabhängige Initiative nicht selbst mit Waren, sondern vergibt sein Siegel für fair gehandelte Produkte. Zu den Kriterien gehören: keine Kinderarbeit, menschenwürdige Arbeitsbedingungen und umweltschonende Wirtschaftsweise. Die Caritas ist eine der Trägerorganisationen von FAIRTRADE.

Weitere Informationen: www.fairtrade.at

Die Clean-Clothes-Kampagne

Die Clean-Clothes-Kampagne setzt sich für die Rechte der ArbeiterInnen und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der internationalen Bekleidungs- und Sportartikelindustrie ein. Die Clean-Clothes-Kampagne stellt sich die Fragen, wo und unter welchen Bedingungen Kleidung produziert wird und trägt mit KonsumentInnenaktionen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen weltweit bei. Die Kampagne agiert jedoch auf eine positive Art und nicht gegen eine bestimmte Marke oder Firma, da den meisten Textilfirmen Arbeitsrechtverletzungen vorzuwerfen sind und es auch nicht darum geht, durch Boykott die Arbeitsplätze in den Produktionsländern zu gefährden.

Weitere Informationen: www.cleanclothes.at

Flower-Label-Programm (FLP)

Blumen sollen Freude schenken – nachhaltige und ungetrübte Freude. Dies ist das Ziel der BlumenproduzentInnen, BlumenhändlerInnen, Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften, die sich im Flower Label Programm zusammengetan haben. FLP-zertifizierte Blumen stammen aus umweltgerechter und menschenwürdiger Produktion, basierend auf folgenden Kriterien: Existenzsichernde Löhne, Gewerkschaftsfreiheit, Gleichbehandlung, Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit Gesundheitsvorsorge, Verbot hochgiftiger Pestizide und dem verantwortungsbewussten Umgang mit natürlichen Ressourcen. Der FLP-Standard entspricht dem Internationalen Verhaltenskodex für die Schnittblumenproduktion. Die Einhaltung des Standards wird regelmäßig durch unabhängige Organisationen geprüft. Menschenrechtsorganisationen und Gewerkschaften haben das Recht, die Prüfung zu begleiten und Stichproben durchzuführen.

Weitere Informationen: <http://www.fairflowers.de>

Meine Spende lebt

Eine weitere Möglichkeit des persönlichen Engagements, um die Kluft zwischen arm und reich zu verringern, ist die Unterstützung unserer Programme und Projekte in den Ländern des Südens. Spendenmöglichkeit und weitere Informationen: www.caritas.at, PSK 7.700.004 (BLZ 60.000)

Buch- bzw. Filmtipps**Bücher:**

Sachs, Jeffrey D.: Das Ende der Armut. Ein ökonomisches Programm für eine gerechtere Welt, Siedler 2005: Jeffrey Sachs hat eine umfassende und packende Darstellung der Voraussetzungen wirtschaftlichen Wohlstands geschrieben. Sie bildet die Grundlage für ein globales, wirtschaftspolitisches Programm, das konkrete Schritte aufzeigt, wie die extreme Armut auf der Welt erfolgreich bekämpft werden kann.

Ziegler, Jean: Das Imperium der Schande. Der Kampf gegen Armut und Unterdrückung, Bertelsmann 2005: Ein aufrüttelndes Plädoyer des engagierten Globalisierungskritikers für die Beseitigung von Hunger und Elend. Jean Ziegler benennt die Verantwortlichen und hält dem globalisierten Raubtierkapitalismus den Spiegel vor. In seinem aktuellen Buch fordert er die Verwirklichung des Menschenrechtes auf Glück.

Sen, Amartya: Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft, dtv 1999: Amartya Sen wurde 1998 mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet. Als einer der bedeutenden Wirtschaftstheoretiker der Gegenwart, fordert er die Moral in der Wirtschaft ein und erörtert eines der dringendsten Probleme unserer Zeit: die sich immer weiter öffnende Schere zwischen dem global agierenden, zügellosen Kapitalismus und der zunehmenden Verarmung und Verelendung. Ein engagiertes Buch, das erklärt, dass Freiheit, Gleichheit und Solidarität für die Weltwirtschaft wichtig sind.

Brot für die Welt: HungerReport 2005, Brandes & Apsel 2005. Mit dem provokanten Slogan „Gott hat den Menschen nicht zum Verhungern geschaffen“, legt Brot für die Welt den HungerReport 2005 vor. In verschiedenen Kapiteln werden Weltagrarhandel, Ernährungssicherheit, Aids und Hunger sowie das Recht auf Nahrung analysiert und in leicht verständlicher Form dargestellt. Der Report erklärt komplizierte internationale Vereinbarungen, wie das WTO-Agrarabkommen, an realen Beispielen und beschreibt die Auswirkungen.

Filme:

„We feed the World“. **Buch & Regie: Erwin Wagenhofer:** Der Film *We feed the world* zeigt die Problematik der industriellen Nahrungsmittelproduktion schonungslos auf. Monokulturen und Massentierhaltung, Sozialdumping, Börsengewinne auf Kosten der Länder des Südens, Entvölkerung und Abwanderung sowie Umweltzerstörung und Saatgutmonopole sind nur einige Aspekte, die in diesem Dokumentarfilm aufgegriffen werden. Nachhaltige Entwicklung kommt dabei meist zu kurz.

„Darwin's Nightmare“. **Buch und Regie: Hubert Sauper:** *Darwin's Nightmare* ist eine Geschichte über Menschen zwischen dem Norden und dem Süden, über Globalisierung und über Fische: Der florierende globale Handel von Nil-Barsch-Filets und Kriegsmaterial für die unzählbaren Kriege im dunklen Herzen des Kontinents, hat an den Ufern des Viktoria Sees in Ostafrika eine seltsame Stimmung und soziale Atmosphäre erzeugt, welche die Mitwirkenden dieses Films repräsentieren.

Kontakt:

Caritas Österreich, Grundlagenarbeit Auslandshilfe
Tel. +43/1/48831-410, email: office@caritas-austria.at

